

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkünstler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag.
Redaktionsfluß Montag morgen 10 Uhr.

Anfertigungspreis pro dreifachpaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilstellen 30 Pfg.

Sonntagsruhe im Bäcker- und Konditorgewerbe, Verwandtschaftsfrage und der Ruhetag.

Eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des Bäcker- und Konditorgewerbes fand am 21. Mai in Berlin im Reichstagsgebäude statt; sie war von der Leitung des Innungsverbandes „Germania“, vom „Verbande deutscher Konditoreninnungen“ und süd-deutschen Konditoreninnungen sowie von mehreren Ober-Bürgermeistern und dergleichen besucht. Anwesend war ferner der Geheime Oberregierungsrat Dr. Landmann und einige mittelständlerische Reichstagsabgeordnete.

Was hatte die doch sonst so feindlichen Brüder, die Bäcker und Konditoren, zusammengeführt? Sie, die noch in der letzten Zeit in ihren Innungsorganen so lebhaft verfechteten, sie wollten nichts voneinander wissen, und wer sie gar miteinander verwandt halte, sei verrückt. Auf letzterem Standpunkt verharrten allerdings nur die „Süßen“, und sie sagten es nur durch die Blume. Aber sie meinten es wirklich. Und nun hatten sie sich doch geeinigt und gefunden, und das Teufelmechel soll sogar von einem der Konditormeister ausgegangen sein.

Es waren eben tatsächlich vorhandene gemeinsame Interessen, durch die die Herren zusammengeführt wurden. Sie wollten zunächst brüderlich gegen den geplanten Gesetzesentwurf, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Front machen und hatten deshalb auch den Herrn Oberregierungsrat vor ihr Forum geladen. Durch diesen Gesetzesentwurf, der von Reich wegen etwas Regelung in die Sonntagsruhe des Handelsgewerbes bringen will (von einer wesentlichen Erweiterung derselben ist ja gar nicht die Rede), fühlt sich aber, wie Herr Bernard-Berlin einleitend sagte, sowohl das Bäcker- als das Konditorgewerbe in seiner Existenz bedroht und man sehe in ihm eine große Gefahr. Würde die Verkaufszeit noch mehr eingeschränkt, dann würden die Großbetriebe und die Konsumbäckereien allein den Vorteil haben.

Herr Bernard muß es ja wissen, obgleich andern Ererblichen es unklar bleiben wird, wie zum Beispiel die Konsumvereine durch eine erweiterte Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einen Vorteil gegenüber den Detailhändlern haben sollen, sintonmalen die Badwarengeschäfte der Genossenschaften, wenn überhaupt, jedenfalls nirgends so lange Zeit geöffnet sind, wie die Läden der Bäckermeister, noch viel weniger wie die der Konditoren. Wir wollen uns aber mit den von verschiedenen Seiten vorgetragene Sorgen im einzelnen nicht weiter aufhalten; Herr Erteilt, der Syndikus des „Germaniaverbandes“ sagte sie alle dahin zusammen, daß man wünsche, das Bäcker- und Konditorgewerbe solle als Ausnahmewerbe unter die Bestimmungen des § 14 des geplanten Gesetzes fallen, und wenn dies nicht möglich sei, so wolle man vor Erlass neuer Bestimmungen gehört werden. Unbedingt notwendig wäre es, im Gesetz Klarheit darüber zu schaffen, daß die Gemeinden keine einschränkende Bestimmungen erlassen dürfen. Der Regierungsvertreter hielt aber eine Unterstellung unserer Gewerbe unter diesen Paragraphen für einen bedeutenden Rückschritt gegenüber den jetzigen Verhältnissen und konnte sie deshalb nicht versprechen. Im übrigen war er der Meinung, daß durch ein Ortsstatut eine Bestimmung der oberen Verwaltungsbehörde nicht aufgehoben oder eingeschränkt werden könne. Der Minister für Handel und Gewerbe habe ja jetzt selbst schon einschränkende Bestimmungen bezüglich der Sonntagsverkaufszeit getroffen und so dürfte es voraussichtlich bleiben. Im großen und ganzen tröstete auf der einen Seite der Geheimrat die bekümmerten Meister, die Geschichte sei ja gar nicht so schlimm, und auf der andern Seite gab er ihnen

zu verstehen, daß eine weitgehende Ausnahme im Verhältnis zu andern Handelsgewerben nicht in Frage kommen könne; vor allem sei die von einigen Konditorgruppen erwartete Verlängerung der Verkaufszeit nicht zu erwarten. Am Ende wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die hier versammelten Vertreter der Verbände der Bäcker und Konditorenmeister richten an den Hohen Bundesrat und Reichstag die ergebenste Bitte, bei den Beratungen über das künftige Sonntagsruhegesetz energisch dafür einzutreten, daß:

1. die seitherige Verkaufszeit in Zukunft belassen bleibt;
2. das hiesige Recht der höheren Verwaltungsbehörde, gemäß § 105 e Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung für die Bedürfnisgewerbe Ausnahmen von den generellen Sonntagsruhevorschriften zu gestatten, in keiner Weise beschränkt wird.“

Der ganze Streit um die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe interessiert uns als Organisation erst in zweiter Linie, da wir ja, soweit unsere Kollegenschaft überhaupt

Die in den letzten Kämpfen neu gewonnenen Mitglieder zu zielbewußten, fähigen Helfern auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung zu erziehen, ist unsere nächste Aufgabe!

direkt dabei in Frage kommt, bekanntlich auf dem Standpunkte stehen, daß für erforderliche Sonntagsarbeit jeder Art ein Ersatzruhetag in der Woche zu gewähren ist. Wir können keinen Unterschied zwischen der Arbeit in der Backstube und im Laden oder bei dem sonstigen Warenvertrieb anerkennen, wenn solche Arbeit von der Kollegenschaft geleistet werden muß. Wissen wir doch, daß unter den heutigen Verhältnissen eine gänzliche Beseitigung der Warenherstellung und des Verkaufs an den Sonntagen nicht so leicht in allen Landesteilen erreicht werden kann, und wir wollen deshalb auch nicht lange untersuchen, ob eine solche überhaupt möglich und wünschenswert ist. Aber deshalb werden wir doch von allgemeinen sozialpolitischen Gesichtspunkten heraus die Einschränkung der Sonntagsarbeit zu fördern suchen müssen, und es ist sehr beschämend für die Arbeiterschaft unseres Berufes, daß die Meister in dieser Konferenz gegenüber dem Regierungsvertreter wieder damit prunkten konnten, daß sie auch Gehilfen auf ihrer Seite haben, die sogar eine Erweiterung der Sonntagsarbeit verlangen, „damit es ihnen noch ermöglicht sein könnte, selbständig zu werden“! Herr Kaldenbach-Duisburg durfte dieses Ehrenzengnis der Beschränktheit unsern rheinischen Konditorgehilfen ausstellen!

Daß bei der beabsichtigten Regelung der Sonntagsruhe unsere Gewerbe unbedingt mit einbezogen werden müssen, ergibt sich ja schon daraus, weil ein großer Wirtwar auf dem ganzen Gebiete eingerissen ist. In Bayern wird zum Beispiel in Konditoreien Sonntags von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr, in Baden von 7 Uhr bis 8 Uhr (mit Ausnahme der Kirchzeiten) verkauft, während in andern Bundesstaaten der offene Verkauf um 3 Uhr einzustellen ist.

Interessant für die allgemeine Kollegenschaft war ferner der zweite Punkt, der die Herren bei ihrer Zusammenkunft beschäftigte. Er lautete: **A n b a h n u n g**

besserer Verhältnisse zwischen beiden Gewerben und Besprechung bezüglich der Verwandtschaftsfrage beider Gewerbe. Der Konditormeister Meier-Detmold legte das Bekenntnis ab, daß er jetzt im Gegensatz zu früher glaube, „daß die Verwandtschaftsfrage sich eher durch eine friedliche und sachliche gegenseitige Aussprache regeln lassen werde, als durch gegenseitige schroffe Bekämpfung und trasse Festhaltung des eigenen Standpunktes. Es sei ja schon vorher in vortrefflicher Weise ausgeführt, wie die beiden Gewerbe im Orange der Zeit miteinander verwachsen seien und immer mehr verwachsen, es daher dem besten Fachkennner außerordentlich schwer falle, eine wirklich gerechte Grenze zu ziehen. Es wäre ihm deshalb der Gedanke gekommen, ob es nicht viel richtiger sei, daß statt des gegenseitigen Kampfes danach gestrebt werden könne, sich gegenseitig verstehen zu lernen und in gemeinsamer Arbeit und Abwehr all die Schäden und Gefahren, welche sich beiden Gewerben gemeinsam entgegenstellen, auch gemeinsam zu bekämpfen. Er habe die Ueberzeugung, daß, sobald ein solches Verständnis angebahnt sei, sich alle die strittigen Punkte, welche noch zwischen beiden Gewerben ständen, und sie noch trennten, viel leichter lösen lassen würden.“

Bernard-Berlin stimmte diesen Ausführungen, die aus dem Munde eines waschechten Konditors gar nicht zu erwarten waren, zu, und belegte die Verwandtschaft damit, daß während seiner Obermeisterzeit 10 pSt. der von ihm aufgenommenen Meister gelernte Konditoren gewesen wären, die sich als Bäcker etablierten. Die Verwandtschaftsfrage sei auch schon durch die Handwerkskammer gelöst; denn wer beide Gewerbe lernen wolle, müsse dies in jedem zwei Jahre tun und vor beiden Prüfungskommissionen die Gesellenprüfung ablegen. Die beiden Konditoren Hülfert-Dresden und Brodeh-Berlin waren gleichfalls von der Notwendigkeit eines Hand-in-Hand-Arbeitens beider Gewerbe in vielen Fragen überzeugt, und schließlich hielten alle zusammen auch die Regelung der noch strittigen Lehrlingsfrage durch den Handwerks- und Gewerbekommertag für ausreichend.

Eine solche Einigkeit muß, wie schon angedeutet, überraschen. Aber ein dritter Punkt, der noch zur Verhandlung kam, gibt uns den Schlüssel zu der Schwankung, die hier gerade die Herren Konditoren, und jedenfalls durchaus nicht leichten Herzens, gemacht haben. Es folgte nämlich noch eine Besprechung „über die von den Gesellen erstrebte Sonntagsruhe“! Hier heißt es in dem vorsichtigerweise recht kurz gehaltenen offiziellen Bericht:

Herr Ehren-Obermeister Bernard berichtet in einem längeren Vortrage über die verschiedenen Lohnbewegungen im Bäckergewerbe und die Forderungen der Gesellenschaft, vor allem des Hamburger sozialdemokratischen Verbandes der Bäcker und Konditoren. Er schildert die schweren Schäden, die vor allem durch den Woykott entstehen, und führt ein bekanntes Beispiel an. Er führt ferner aus, daß der von dem sozialdemokratischen Gesellenverbande geforderte sechsunddreißigstündige wöchentliche Ruhetag für Kleinbetriebe undurchführbar und für das gesamte Gewerbe schwer schädigend sei.

Es erfolgt nun eine eingehende Aussprache, an der sich die Herren Behrens-Magdeburg, Schmidt-Berlin, Schleich-Berlin, Jung-Cassel und Syndikus Erteilt beteiligen. Verschiedene trasse Fälle wurden vorgebracht, auch darauf hingewiesen, daß selbst im Konditorgewerbe, das bis dahin von Lohnbewegungen kaum etwas zu spüren hatte, es zu kriegen anfing. Man war sich darüber einig, daß hier ganz energisch Schutz- und Abhilfe seitens der Regierung verlangt werden müsse, und daß der sechsunddreißigstündige wöchentliche Ruhetag für alle Betriebe undurchführbar wäre.

Das also war des Pudels Kern! Die Herren fanden sich, weil jetzt beide Gruppen die Macht unserer Organisation bereits fürchten gelernt haben, und sie wissen nur zu

gut, daß ihre Einigkeit einen besseren Schutzwall gegen die „unberechtigten Forderungen“ der Gehilfenschaft darstellt.

Daraus sollten nun aber die Gehilfen auf dem schnellsten Wege gleichfalls die Konsequenzen ziehen. Kann es eine bessere Anerkennung der bisherigen Tatkraft unserer Organisation geben, als die jetzige Stellungnahme der Unternehmer zur Verwandtschaftsfrage? Wir hatten längst erkannt, daß eine wirksame Vertretung der gesamten Interessen unserer Berufskollegen nur dann gegeben ist, wenn Bäcker und Konditoren Schulter an Schulter für diese Interessen kämpfen. Und nur dem Überstand eines großen Teils der Kollegenschaft, besonders unter den Konditorgehilfen, ist es zuzuschreiben, wenn die von uns propagierte Einigkeit nicht schon viel reichere Früchte trug. Doch wir hoffen, daß nunmehr die Berliner „Einigungs-Konferenz“ dazu hilft, auch den bisher Blinden oder Schlafenden die Augen zu öffnen, und wünschen deshalb, daß in allen Kollegienkreisen der jetzige Standpunkt der Unternehmer eifrig debattiert wird!

Welche Erfolge hat der Kampf in Leipzig gebracht?

Als im Jahre 1911 der erste Vorstoß der Leipziger Bäckergehilfen, das Kost- und Logiswesen beim Meister zu beseitigen, beendet war, glaubten viele Bäckermeister, daß nun wieder Kirchhofsruhe eintreten würde, und mancher, der in der Not die Bewilligung der Forderungen hohlgelassen hatte, rechnete damit, daß er nach Beendigung des Kampfes wortbrüchig werden und die Gehilfen wieder ins Haus nehmen könnte. So war es ja gewesen nach dem Streik im Jahre 1900, und so hoffte man, würde es auch jetzt wieder werden. Aber bald mußten diese Herren einsehen, daß sie sich in ihrer Annahme sehr getäuscht hatten: der Kleinstkampf wurde weiter geführt! Sobald ein Bäckermeister seine Bewilligung zurückzog, wurde dieser Fall der Bevölkerung bekannt gegeben und das wirkte; die Bevölkerung erteilte in allen diesen Fällen solchen Bäckermeistern die richtige Antwort, indem nichts mehr bei ihnen gekauft wurde.

So wurde es durch fortwährenden Kleinstkampf erreicht, daß bis zum Mai 1912 von den ursprünglich 230 geregelten Bäckereien noch 217 vorhanden waren, welche die Forderungen in ihren Betrieben strikte einhielten. Mit manchen von denselben gab es allerdings am 1. Mai d. J. noch einige Konflikte, weil sie versuchten, sich um die im Tarife zum 1. Mai vorgegebene Lohnzulage von M 1 für die Gehilfen herumzudrücken. Aber nach einigem Parlamentieren und einigen Verhandlungen bequemten sich auch diese Meister ins Unvermeidliche und legten ihren Gehilfen die M 1 pro Woche zu.

In diesen 217 Bäckereien arbeiteten 260 Gehilfen zu den geforderten Bedingungen, dazu kamen in den drei Konsumbäckereien und der Brotfabrik 200 Gehilfen zu bedeutend besseren Bedingungen; für insgesamt 460 Gehilfen waren Kost und Logis beim Meister demnach bereits beseitigt.

Mit Recht war man auf Grund dieses Ergebnisses in der Leitung unseres Verbandes, aber ebenso in der Leitung der organisierten Arbeiterschaft von Leipzig der Meinung, daß nun ein weiterer herzhafter Vorstoß noch weitere Bewilligungen bringen würde; aber nicht mit Unrecht wurde auch der Vermutung Ausdruck gegeben, daß im Vorjahre die Besten unter der organisierten Arbeiterschaft sich den geregelten Bäckereien zugewandt hätten, soweit sie nicht schon ihren Bedarf an Brot und Wadwaren in dem Konsumverein decken. Man hatte also einige Bedenken, ob es möglich sein würde, nun noch einen weiteren Teil der organisierten Arbeiterschaft und daneben auch Teile des kleinbürgerlichen Publikums dazu zu bewegen, daß sie sich tatkräftig an der Durchführung des Boykotts beteiligen würden.

Heute kann gesagt werden, daß letzteres über Erwarten gelungen ist; denn nach vierwöchiger Dauer des Kampfes haben wir nunmehr 323 Bäckereien, in denen die Forderungen bewilligt sind. Dazu kommen die vier geregelten Großbetriebe. Alle zusammen beschäftigen 714 Gehilfen, die also vom Kost- und Logiszwange beim Arbeitgeber erlöst sind. Noch weitere 48 Bäckermeister mit zusammen

73 beschäftigten Gehilfen entlohnen letztere auch nach den Forderungen, haben sich aber nicht dazu aufschwingen können, offiziell zu bewilligen. Sie glauben, dadurch es nicht mit den zünftlerischen Scharfmachern verderben zu brauchen, und auf der andern Seite, weil sie ihre Gehilfen nach den geforderten Bedingungen entlohnen, auch ihre Kundschaft befriedigt zu haben und sich diese erhalten zu können.

Insgesamt arbeiten also in 375 Bäckereien (von 700 in Frage kommenden) 787 Gehilfen (von zirka 1200 in Frage kommenden) zu den geforderten Bedingungen; es ist somit für zwei Drittel der überhaupt beschäftigten Gehilfen der Kost- und Logiszwang beim Meister beseitigt.

Daß nun auch in den übrigen Bäckereien, von denen sehr viele keine Gehilfen beschäftigen und andere so viel Kundschaft eingebüßt haben, daß sie jetzt einen Gehilfen weniger als vor dem Kampfe im Betriebe haben, allmählich die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges durchgeführt wird, ist außer allem Zweifel; denn wie in andern Städten werden die organisierten Gehilfen — und das sind mit wenig Ausnahmen alle älteren, die schon länger in Leipzig ansässig sind — beim Stellenwechsel nur solche Stellen annehmen, wo die Forderungen durchgeführt sind. Wenn sie dennoch in ungeregelten Betrieben in Stellung treten, dann verlangen sie natürlich vom Arbeitgeber, daß auch er die Forderungen in seinem Betriebe zur Durchführung bringt. So werden die nicht geregelten Betriebe außer den paar gelben Bäckergehilfen überhaupt bald keine eingearbeiteten Gehilfen mehr bekommen können, und genau wie in andern Städten, bequemten sich dann auch die heute noch widerspenstigen Kleinmeister dazu, die Forderungen zu bewilligen. Sie lernen eben einsehen, daß sie sonst im Nachteil sind, weil sie nur die unfähigsten Arbeitskräfte in ihre Betriebe bekommen.

Von den 336 in den Streik getretenen Bäckereiarbeitern standen die letzten Tage noch 39 im Streik; neben 80, die abgereist sind oder in benachbarten Kleinstädten von Leipzig durch die Streikleitung Arbeit erhielten, sind also 217 in geregelten Betrieben in Arbeit gekommen, da viele dieser Betriebe mehr Leute einstellen mußten, um ihren größeren gewordenen Umsatz zu bewältigen.

Unter Würdigung der ganzen Verhältnisse beschloß deshalb eine Mitgliederversammlung am 12. Mai, den Streik für beendet zu erklären. Am Schlusse des Kampfes kann nochmals gesagt werden, daß die organisierte Arbeiterschaft von Leipzig den Kampf lebhaft unterstützte und mit gutem Erfolge alles getan hat, um alle Kreise der Bevölkerung zur strikten Durchführung des Boykotts anzuhalten. Sie hat ihre Pflicht im vollen Maße getan, um den Bäckergehilfen zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen.

Die organisierte Arbeiterschaft hat ihre Macht als Konsument der Ware, die in den Bäckereien erzeugt wird, in die Wagsschale geworfen, um einer bisher geknechteten und entrechteten Arbeitergruppe die Möglichkeit zu schaffen, daß auch sie auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen erhält. Und die organisierte Arbeiterschaft wird auch noch die Hoffnungen derjenigen Bäckermeister zu machen, die deshalb nicht die Forderungen bewilligten, weil sie sich der Illusion hingaben, daß nach Beendigung des Streiks doch die ihnen während des Kampfes verloren gegangene Kundschaft bald wieder zugehauen kommen würde. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft auch ferner nur aus den Bäckereien kauft, welche die Forderungen bewilligt haben, und unsere Verbandsmitglieder werden darüber wachen, daß in allen Betrieben die Bewilligung korrekt eingehalten wird. Sie werden auch dafür sorgen, daß in allen diesen Betrieben größte Reinlichkeit und Sauberkeit erzwingen wird, wenn sie bisher noch gefehlt hat, damit die Bevölkerung ihr Gebäck mit Appetit essen kann.

Der Kampf in Leipzig war in diesem Jahre der hartnäckigste, den wir zu führen hatten, aber in seiner Bedeutung für unsere Berufsverhältnisse in Mitteldeutschland auch gar nicht zu unterschätzen. Wenn man ihn richtig würdigen will, muß man die ganzen, meist noch recht rüchständigen Arbeitsbedingungen unserer Kollegenschaft im Königreich und der Provinz Sachsen sowie in Thüringen in Betracht ziehen, und wir werden deshalb in nächster Nummer nochmals zusammenfassend das Ergebnis unseres diesjährigen Vorgehens in diesem Gebiete behandeln.

Der Bäckerstreik in Halle ist beendet.

Am 11. Juni fand eine gut besuchte Versammlung des Bäckerverbandes statt, in welcher der Verband vorliegende Bericht über den Stand des Streiks erstattete. Nach seinen Ausführungen ist der Stand des Kampfes ein solcher, daß man sagen kann, es ist durch ihn gelungen, in das veraltete System des Kost- und Logiszwanges eine große Bresche zu schlagen. Der ferneren Tätigkeit der organisierten Bäckereiarbeiter müßte es nun überlassen bleiben, dafür zu sorgen, daß nicht nur die errungenen Erfolge aufrecht erhalten und die Inhaber der geregelten Bäckereien gezwungen werden, ihre Bewilligung der Forderungen korrekt durchzuführen, sondern daß es auch möglich wird, noch weitere Meister zu veranlassen, in ihren Betrieben Kost und Logis der Gehilfen zu beseitigen. Noch in keiner Stadt gelang es auf den ersten Vorstoß, den Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber vollständig auszurotten, sondern überall mußte man sich zunächst mit einem Teilerfolg zufrieden geben; aber durch weiteres planvolles Wirken der Verbandsmitglieder gelang es dann in diesen Städten bald, in allen Betrieben das veraltete System auszurotten. Der Teilerfolg, welcher in Halle erreicht ist, sei zufriedenstellend. Von 220 im Stadtgebiet in Frage kommenden Bäckereien (davon 108 Betriebe ohne Gehilfen) haben 47 Betriebe mit 122 Gehilfen die Forderungen anerkannt, oder es arbeiten, wie in der in dieser Zahl eingerechneten Großbetriebe, die Gehilfen sogar zu besseren als von den Kleinmeistern geforderten Bedingungen.

Von 220 in den hiesigen Bäckereien beschäftigten Gehilfen arbeiteten beim Ausbruch des Kampfes 86 in Großbetrieben, 64 stellten die Arbeit ein, so daß insgesamt 150 am Kampfe beteiligt waren. Nun haben während des Kampfes die Großbetriebe infolge vermehrten Umsatzes viel veranlaßt gesehen, vier Mann mehr einzustellen, 32 Streikende haben in den neu geregelten Kleinbetrieben die Arbeit zu neuen Bedingungen aufgenommen, acht Streikende sind abgereist oder haben durch die Streikleitung in der Nähe von Halle Stellung erhalten, so daß am 11. Juni noch 20 Streikende vorhanden waren. Allmann schlug vor, unter diesen Umständen den Streik als beendet zu erklären und nun energisch dafür zu sorgen, daß der errungene Erfolg hochgehalten und im Kleinstkampf weitere Erfolge erzielt würden. Er betonte noch, daß die Innung die letzten Tage vor Ausbruch des Kampfes durch Entlassung vieler junger Verbandsmitglieder, welche dann abreisten, es ausgezeichnet verstanden habe, der Beteiligung am Streik Abbruch zu tun; denn systematisch stellten die Meister an Stelle der entlassenen Verbandsmitglieder ganz junge, eben ausgelernte Gehilfen ein, die man aus der Umgegend von Halle sich zusammengeführt hatte. So war es zu erklären, daß von den 220 an Orte sonst beschäftigten Gehilfen nur 150 am Kampfe beteiligt waren, während 70 sich nicht am Kampfe beteiligten. Nachdem die Innung so vorgearbeitet, brauche man sich auch nicht zu wundern, daß dieselbe den traurigen Mut besaß, die Öffentlichkeit vor Ausbruch des Kampfes in der größtmöglichen Weise anzulügen.

Der Redner betonte, daß wir in unserm Kampfe durch die organisierte Arbeiterschaft in der erfreulichsten Weise unterstützt worden sind, und sei dadurch bewiesen, daß wir in unsern Kämpfen immer nur von den Klassengenossen Mithilfe zu erwarten haben, was aber auch ein Ansporn für die Verbandsmitglieder sein müßte, in jeder Weise nicht nur tüchtige Mitglieder unserer Gemerkschaft zu bleiben, sondern auch ihre Pflicht in der allgemeinen Arbeiterbewegung in vollstem Maße zu erfüllen.

Bezirksleiter Friedrich und andere Redner sprachen in demselben Sinne und schilderten besonders wichtige Vorkommnisse während des Kampfes, so unter anderem die Verhufe der Innungsleitung, die Streikenden durch die Polizei von der Innungsherberge fernzuhalten. Es wurde angeführt, daß die Innung jedes nur denkbare Mittel der Einschüchterung und Bedrohung versuchte, um in persönlicher Bearbeitung die Meister, welche bewilligt haben, zu bewegen, ihre Bewilligung wieder rückgängig zu machen. Daß man damit absolut keinen Erfolg erzielt habe, zeige deutlich, daß die Bäckermeister nur zu genau wissen, daß sie den Boykott in aller Schärfe spüren würden, wenn sie sich wortbrüchig machen.

Die Versammlung war vom besten Geiste beseelt und beschloß gemäß den Vorschlägen der Streikleitung, den Streik zu beenden, aber auch ferner an die organisierte

Die Bedeutung der Zentralbibliotheken für die Arbeiterschaft.

Wer der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung folgt, kann wahrnehmen, wie gerade in letzter Zeit die Kämpfe, die auf wirtschaftlichem Gebiet mit den Arbeitgebern ausgefochten werden, an Umfang und Heftigkeit zunehmen. Diese Wahrnehmung verbandt man keineswegs einem Zufall, sondern es ist die Folgeerscheinung der neueren Taktik der Unternehmer, die Kämpfe möglichst über das ganze Gewerbe auszudehnen, zu versuchen, die Organisationen der Arbeiter in ihren ganzen Grundlagen zu erschüttern und Tarife über Arbeitsbedingungen gleichlaufend zu abzuschließen, daß der Endtermin in eine für das Interimtum günstige wirtschaftliche Periode fällt, in die Periode der wirtschaftlichen Flaue. Es liegt klar auf der Hand, daß, je umfangreicher diese Kämpfe werden, um so größer auch die Anforderungen sind, die auf beiden Seiten an die Fähigkeiten der Kämpfer und Führer gestellt werden und daß bei dieser größeren Ausdehnung die Möglichkeit näher gerückt wird, daß jeder plötzlich dazu kommen kann, die Rolle eines Führers zu übernehmen. Deshalb werden auch auf beiden Seiten Anstrengungen gemacht, die Mitglieder mit dem Wissen und den Kenntnissen auszustatten, dorer sie bei Führung eines Lohnkampfes befähigen. Besonders die Arbeiterschaft muß es sich angelegen sein lassen, ihren Mitkämpfern die nötige Ausbildung zu gewähren; denn hier haben die Unternehmer einen nicht unbedeutenden Vorsprung. Keineswegs soll behauptet werden, daß sie alle durch die Bank über ein reicheres Wissen verfügen, aber sie haben immerhin dank des

größeren Geldsacks bessere Schulen besuchen können, und selbst wenn sie dort nichts gelernt haben, doch für ihr Geld sich einen Vertreter halten können, der eventuell die nötigen Kenntnisse besitzt. Diesen Luxus können die Arbeiter sich nicht erlauben, sie sind stets auf sich selbst angewiesen. Daraus ergibt sich für sie die eiserne Notwendigkeit, ihr Wissen zu bereichern und sich auf all den Gebieten zu orientieren, auf denen sie mit ihren Gegnern bei den Verhandlungen in Berührung kommen könnten, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, bei den Kämpfen, die immer größer statt kleiner werden, zu unterliegen.

Trotz der verschiedenen Ansichten, die naturgemäß in der Masse der Lohnarbeiter herrschen, erkennen sie jedoch immer mehr, daß sie keineswegs die Stellung einnehmen, die ihnen nach ihrer Wichtigkeit und Zahl eigentlich gebührt. Es ist daher ganz logisch, wenn sie dahin streben, alle indifferenten Klassengenossen zur Mitarbeit anzuregen und ihnen das Ungerechte ihrer Lage vor Augen zu führen — sie zum Klassenbewußtsein zu erwecken. Hemmend wirkt aber hier in erster Linie die Volksschulbildung, mit der die Proletarier ausgestattet werden.

Was lehrt die Volksschule? Ein Blick auf den Stundenplan zeigt es. Da ist vor allen „Religion“, die den Kindern wöchentlich in vier oder fünf Stunden eingeprägt wird; es folgt im Range sogenannte vaterländische Geschichte, die allerdings auf Objektivität keinen Anspruch machen kann, und dazu kommen die Elementarfächer Lesen, Schreiben und Rechnen, womit der Hauptinhalt des Stundenplanes erschöpft ist. Noch trauriger liegen die Verhältnisse auf den Land- und Gutschulen, wo der Gutsbesitzer in der Regel auch Schulpatron ist. Hier sieht sich der Lehrer

oft vor die Aufgabe gestellt, in vollständig unzulänglichen Räumen, die kaum genügend Schutz gegen die Unbilden der Witterung bieten, 80 bis 100 Kinder zu unterrichten. Daß bei solcher Massenarbeit keine Rücksicht auf die verschiedene individuelle Veranlagung der Kinder genommen werden kann, ist einleuchtend. Für Verbesserung des Volksschulwesens ist bekanntlich trotz der drückenden Steuerlast stets wenig Geld im Reichsadl. Recht interessant ist aber die Zusammenstellung, was der Staat pro Kopf für die einzelnen Schüler ausgibt. Es entfällt auf einen Studenten durchschnittlich ein jährlicher Staatszuschuß von M 300, auf einen Gymnasiasten M 110 und auf einen Volksschüler M 37. Auch hier handelt man also nach dem Wahlspruch: „Wer besitzt, dem wird gegeben, wer nichts hat, bekommt auch nichts.“

Als Ergänzung des Schulunterrichts tritt sodann in den Städten die Gewerbeschule in Funktion, deren ganzer Wert aber durch die Festlegung des Unterrichts in die knapp bemessene Freizeit des Lehrlings sehr beeinträchtigt wird. Speziell im Väterberuf sehen wir oft, wie der bestgemeinte Unterricht bei der gänzlichen Uebermüdung der ausgebeuteten Lehrlinge wirkungslos wird. Außerdem ist auch in den Fortbildungsschulen der Stundenplan nicht besser beschaffen. Von den Fortschritten der Kultur, von Bürgerkunde, von dem Kampf der modernen Geister um die Erkenntnis und die Entwicklung hört auch der Lehrling noch nichts. So mangelhaft sieht die staatliche grundlegende Bildungsarbeit aus, so ausgerüstet sendet der „Vater Staat“ seine Kinder ins Leben. Es liegt jedoch Methode in diesem Verfahren; Menschen, die man so in der Beschränktheit hinhält, willfähige Geschöpfe, die sich

Arbeiterchaft zu appellieren, ihren Bedarf nur in den auch...

In diesem Kampfe hat die organisierte Arbeiterchaft...

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Baden-Badener Bäckergehilfen nach statistischen Erhebungen 1912.

In Nummer 23 unserer Fachzeitung wurde über die Ausbeutung in den Bäckereien Baden-Badens berichtet.

Table with 2 columns: Bäckerei/Lehrlinge and Gehilfen. Rows show statistics for 1, 2, 12, and 16 bakeries.

Von den 41 Lehrlingen stehen 9 im ersten Jahre, 20 im zweiten Jahre und 12 im dritten Lehrjahre.

Table titled 'Der Wochenlohn beträgt bei sieben Arbeitstagen:' showing wages for different numbers of helpers.

Die vollen Barlöhne beziehen sich auf eine tariflich geregelte Bäckerei, welche durch unsere Organisation festgesetzt wurden.

Table showing working hours for 2 bakeries with 4 helpers, ranging from 14 to 28 hours.

Die Arbeitszeit für Lehrlinge ist fast ausnahmslos dieselbe wie für Gehilfen, auch die Fortbildungsschulstunden der Bäckerlehrlinge müssen mit in die Arbeitszeit eingerechnet werden.

genügend bezeichnet in 1 Betrieb, war überhaupt nicht vorhanden in 1 Betrieb und von neun Betrieben konnten keine Angaben dazu gemacht werden.

Verordnungen und gesetzliche Bestimmungen hängen nach dem Ergebnis der Umfrage in allen Bäckereien aus, aber übertreten werden sie trotzdem.

Das Schlafstellenwesen wird für die Beschäftigten in zehn Betrieben als direkt schlecht bezeichnet.

An Schränken zur Aufbewahrung der Garderobe für die Beschäftigten mangelt es ebenfalls in einigen Bäckereien.

Fassen wir nun das Ergebnis kurz zusammen, so ergibt sich, daß in allen Punkten eine scharfe Kritik einsehen muß, und wir werden in unserer nächsten Versammlung diese Enquete öffentlich behandeln.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1911.

Im „Korrespondenzblatt“ wurde kürzlich der Bericht der Generalkommission gegeben, aus dem wir folgendes hervorheben:

Zunächst wurde das Gebiet der Reichsgesetzgebung behandelt. Das am 1. April dieses Jahres in Kraft getretene Hausarbeitsgesetz und das Versicherungsgesetz für Angestellte bilden das ganze dürftige Ergebnis des vergangenen Jahres.

Weiter wird auf den Beschluß des Dresdner Gewerkschaftskongresses eingegangen, der die Gründung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsvereinigung bezweckte.

Im Laufe des Jahres war wieder eine Reihe von Anträgen betreffs Gewährung von Zuschüssen oder Uebernahme der Kosten von Arbeitersekretariaten und Anstellungen von Arbeitersekretären eingelaufen.

Die Auflage des „Korrespondenzblatt“ stieg von 27 000 auf 28 400 Exemplare; das Blatt wurde durch eine Arbeiterrechtsbeilage erweitert.

Das Arbeiterinnensekretariat, das von der Generalkommission unterhalten wird, steht, wie immer, mit der Vermittlung von Referentinnen den Organisationen zur Verfügung.

Verfügung und ist bemüht, denselben Agitationsmaterial zu liefern. Es hat sich auch besonders mit dem Ergebnis der letzten Berufszählung in bezug auf die Frauenarbeit zu befassen gehabt.

Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission ist bisher zu einer Sammelstelle für wichtiges Material aus der Arbeiterbewegung und der Gesetzgebung geworden.

Der Kassenbericht der Generalkommission ergibt eine Gesamteinnahme von M 826 346,01 und eine Gesamtausgabe von M 383 484,30; das Vermögen betrug am Jahresluß M 442 861,71.

Dem Bericht der Generalkommission folgt der des Zentralarbeitersekretariats, dem 2645 Sachen zur Vertretung überwiesen wurden, die fast alle nur die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung und die landesgesetzliche Knappschaftsversicherung betrafen.

Aus dem Gesamtbericht ergibt sich also wieder eine große und erfolgreiche Tätigkeit der Generalkommission und ihrer verschiedenen Unterabteilungen.

Zur Arbeitslage.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Monat April für den nunmehr zahlenmäßige Berichte vorliegen nicht derartig gebessert, wie die vorausgegangenen Monate erwarten ließen.

Nach den Berichten von 3500 Krankentassen an das „Reichsarbeitsblatt“ ergab sich am 1. Mai gegenüber dem 1. April eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten, um insgesamt 111 240 (+ 98 228 männliche, + 13 192 weibliche) Mitglieder.

Die Zahlen der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Arbeitsnachweise lassen einen vermehrten Andrang Arbeitssuchender erkennen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im April 1912 auf je 100 offene Stellen 150 männliche oder 92 weibliche Arbeitssuchende.

Für Bäcker und Konditoren wurden im Monat April bei den berichtenden Arbeitsnachweisen 7184 offene Stellen gebucht. Diesen Stellen standen 9713 Arbeitssuchende gegenüber, von denen 6801 in Stellung gebracht wurden.

in Gott-Ergebenheit, vor Ehrfurcht erstarbend von den „Edelsten“ und „Besten“ der Nation ausbeuten lassen, die sich mit Gott für König und Vaterland zur Wahrung der kapitalistischen Interessen im Kriege abschlagen lassen.

Im weiteren Leben tritt dann an Stelle der Lehrer die Presse, die sich sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Leben zu einer gewaltigen Bedeutung aufgeschwungen hat. Es ist freudig zu begrüßen, daß jetzt auch eine gut verbreitete Arbeiterpresse vorhanden ist.

Besonders verdummend wirken die sogenannten Hintertreppennomane auf die Leser. Man erkennt ihre Gefährlichkeit erst richtig, wenn man sieht, in welcher großen Anzahl die Kolportageromane verbreitet werden.

Wer Gelegenheit hat, im Bäckerberuf die Gefellensstuben zu besuchen, der wird auch fast stets derartige Lektüre vorfinden; und daß sie hier so schwer verschwindet, liegt zum größten Teil an den mizlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

ist, gingen die einzelnen Gewerkschaften frühzeitig an die Gründung von Bibliotheken. Diese konnten sich freilich nur in bescheidenen Grenzen halten und nicht allen Ansprüchen gerecht werden, da mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen war.

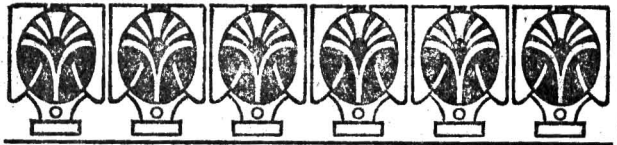
Zur Erleichterung für die Bibliothekare sowie für die Leser sind die einzelnen Bücher nach ihrem Inhalt verschiedenen Gruppen zugeteilt. Man hat Abteilungen für Partei- und Gewerkschaftsliteratur, für das Gebiet der Sozialpolitik, für Nationalökonomie, Politik und Tagesgeschichte geschaffen.

März. Die Arbeitslage hat sich also für unsere Berufe verschlechtert. Wie sich die Vermittlungstätigkeit für Bäcker und Konditoren in den einzelnen Landesteilen gestaltet, ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Table with columns: Staat, Provinz oder Stadt; Anzahl der Arbeitsuchenden; offene Stellen; besetzten Stellen; Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsuchende im April 1912; im März 1912.

Wenn wir von den Gebieten mit einer Frequenz von weniger als 100 offenen Stellen absehen, besteht im Verhältnis zur Zahl der gemeldeten Stellen der größte Andrang von Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweiser in Baden, im Rheinland und in Schlesien.

Die außer dem Zahlenmaterial vorliegenden Berichte lassen sich über die Arbeitslage für unser Gewerbe günstig aus. Gut beschäftigt war namentlich die Zuckerwarenindustrie.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden: Auf Antrag der Zahlstelle Dresden Richard Schuster (Buch-Nr. 7827) wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern...

Der Zahlstelle London wird antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 8 1/2 (1 Penny nach englischer Währung) pro Woche erteilt.

Der Vorstandsvorsitzender: J. A.: O. Allmann, Vorsitzender

Quittung.

Vom 10. bis 15. Juni gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein: Für Mai: Friedberg M. 10, Uetersen 35,90, Gera 145,70, Weisensfels 52,90, Euhl 55,70, Stendal 30,40, Stuttgart 543,80, Altenburg 58,10, Lübeck 313, Kiel 413,80, Ruffingen 113,60, Cottbus 37,20, Homburg v. d. G. 51, Hof 55,65, Stettin 233,35, Görlitz 191,90, Neumünster 18,60, Lüneburg 41,40, Limbach 50,50, Siriegau 33,40, Rosenheim 128,70, Döbeln 68,80, Grimnitzschau 63,70, Rudolstadt 60,05, Mannheim 600,20, Garburg 175,20, Waldenburg 62,10, Coburg 19,70, Frankfurt 1487,15, Chemnitz 507, Breslau 476,90, Leipzig 1967,75, Gelsenkirchen 42,70, Dagermünde 47,50, Bochum 68,90, Jena 88,40, Traunstein 62, Hildesheim 32,80, Halle 533,30, Landsberg 27,60, Mülhausen 108,60, Hagen 53,20, Begeleit 59,60, Neufelwit 72,65, Dortmund 172, Crefeld 51,75, Forst 45,90, Marktredwitz 22,40, Augsburg 78, Böhmitz 70,60, Bernburg 66,20, Erfurt 144,35, Rostock 104,80, London 109,35, Wiesbaden 296,40, Mainz 264,40, Darmstadt 64,80, Elberfeld 395,90, Solingen 104, Hanau 16,90, Strassburg 193,60, Metz 27, Freiburg 76, Brandenburg 107,70, Reiz 283,90, Bremerhaven 148,60, Jümenau 50,20, Plauen i. B. 103,30, Wittenberg 26,80, Braunschweig 274,10.

Von Einzelnzahlern der Hauptkassa: G. W. Altes Lager M. 4,50, G. W. Osterholz 8,50, P. W. Neufäßel 4,

F. M.-Pöhmec 17, W. S.-Kroffen 3, A. Sch.-Börrach 23,25, J. B.-Hardheim 10,80, G. R.-Prischwitz 12,60.

Für Abonnements und Annoncen: Bochum M. 3, Lörach 3, Rostock 3, R. M.-Meerane 2, G. A.-Hamburg 9, U. D.-Hamburg 4.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Cottbus M. 3, Breslau 2, Halle 3, Bremerhaven 3.

Bei der Hauptkassa rezipieren für Mai: Danzig, Königsberg, Oldenburg, Remscheid, Sonneberg, Halberstadt. Abrechnung ohne Geld gefandt: Bad Reichenhall, Saarbrücken, Weiswasser, Kaiserslautern. Geld ohne Abrechnung gefandt: Spremberg.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

Spätestens am 22. Juni ist der 26. Wochenbeitrag für 1912 (23. bis 29. Juni) fällig.

Aus den Bezirken.

Malen. Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Karl Koller, Untere Wöhrstr. 3.

Sterbetafel.

Bremerhaven. Heinrich Johanning, gestorben am 5. Juni im Alter von 28 Jahren.

Breslau. Kurt Kahl, gestorben am 8. Juni im Alter von 20 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Quartalsabschluss steht vor der Tür! Wer mit Beiträgen im Rückstande ist, bringe sein Mitgliedsbuch sofort in Ordnung. Zum Quartalsabschluss dürfen die Kassierer keine Restanten haben! * * * * *

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Bäcker.

Ein Tarifabschluss für die Nürnberger Bäcker. Unserer Nürnberger Kollegenschaft ist es gelungen, diesmal, wenn auch erst nach ziemlich langen Verhandlungen, mit einer der im Bezirk Nürnberg bestehenden Innungen, und zwar mit der maßgebendsten, der „Bavaria-Innung“, in ein Tarifverhältnis zu kommen.

Zwischen unterzeichneten Kontrahenten wird folgendes vereinbart:

- 1. Die Arbeitszeit beträgt inklusiv der notwendigen Essenspausen zwölf Stunden.
2. Der Mindestlohn beträgt ohne Kost: für Helfer M 23, für Kübler M 20, für Postler M 17.
3. Schlafen, Frühstück und Brot wird wie bisher gewährt.
4. Höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden, desgleichen bleibt den Gehilfen das Bad- und Pfannengeld wie bisher unberührt.
5. Gesetzlich erlaubte Ueberstunden werden mit 50 % vergütet.
6. Jedem Gehilfen sind nach einjähriger Beschäftigung drei Tage Ferien zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes.
7. Differenzen sind durch eine Kommission, welche aus zwei Meistern und zwei Gehilfenvertretern besteht, zu schlichten.
8. Entlassungen wegen Eintretens für diese Bestimmungen oder wegen Verbandszugehörigkeit dürfen nicht stattfinden.
9. Die Vereinbarung hat drei Jahre Gültigkeit. Nürnberg, den 11. Juni 1912.

Für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren: Hans Hechtel, Bezirksleiter. Andr. Mümmernann, Vorsitzender.

Für die Bäckereinigung „Bavaria“, Nürnberg: Jngenfritz, erster Obermeister. Späth, zweiter Obermeister. Hengelein, Ruttmann.

Für den Gesellenauschuß: Josef Wiegler, Altgeselle.

Tarifabschluss mit dem Gesellenauschuß in Wiesbaden. Wie unsern Lesern bekannt, haben die Kollegen hier bereits im Februar durch den Gesellenauschuß den alten Tarif kündigen lassen, und wurde Ende April eine neue Tarifvorlage der Innung zugestellt.

Tarif-Vertrag.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist an Werktagen eine zwölfstündige, an Sonn- und Feiertagen eine zehn-stündige inklusiv der nötigen Essenspausen. Tagelöhner können an Sonn- und Feiertagen nur bis zu sechs Stunden beschäftigt werden. Allen Gehilfen wird nach einjähriger Beschäftigungsdauer drei Tage, nach zwei Jahren fünf Tage Urlaub gewährt.

2. Löhne. Kost und Logis wird den Gehilfen nicht mehr gegeben, jedoch kann mit ausdrücklichem Einverständnis des Gehilfen Kost und Logis gewährt werden. Wo Logis gegeben wird kommen M 2 pro Woche vom Lohne in Abzug. Auf die jetzt bezahlten Löhne werden 5 pzt. Erhöhung gezahlt, und ist der Minimallohn wie folgt: Schiefer M 28,35, 1. Leigmacher M 26,25, 2. Leigmacher M 24,15, Letzte M 22,05.

3. Aushilfe. Bei Aushilfe erhalten die ersten drei Tage Schiefer M 6, alle andern Gehilfen M 5 pro Tag. Nach drei Tagen tritt der laufend bezahlte Lohn in Kraft.

4. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Sonnabends während der Arbeitszeit.

5. Kautio n. Als Kautio n wird der Betrag von M 10 von allen Gehilfen einbehalten, doch kann dieser Betrag nur zu je 1/4 an den ersten vier Zahltagen in Abzug gebracht werden.

6. Kündigung. Die Kündigung beträgt gegenseitig drei Tage und kann nur am Schlusse der Arbeitszeit erfolgen.

7. Arbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis wird in der bisherigen Weise weitergeführt und hat der Gesellen-Auschuß das Recht, von demselben Einsicht zu nehmen.

8. Allgem ein es. Den Gehilfen steht ein beheizbarer Waschk-, Gb- und Umkleideraum mit verschließbaren Schränken zur Verfügung.

9. Tarif-Vertrag. Diese Vereinbarungen bilden einen Tarifvertrag und werden dem Gewerbegericht zur Kenntnisnahme übermittelt. Derselbe ist in den Büroräumen auszuhängen und gilt für sämtliche Innungsmitglieder.

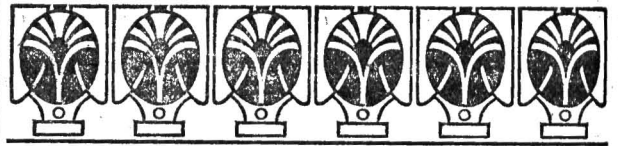
10. Tarifdauer. Der Tarif tritt am 20. Mai 1912 in Kraft und endet am 1. Juli 1916. Wird er drei Monate vor Ablauf, also spätestens am 1. April 1916, von keiner Seite gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter und so fort bis eine Kündigung erfolgt.

Wiesbaden, 5. Juni 1912.

Für die Bäcker-Innung: Der Vorstand.

Für die Gehilfen: Der Gesellenauschuß.

Es dürfte allerdings keinen Gehilfen hier geben, der vollständig mit dem Tarife einverstanden ist, zunächst einmal deshalb, weil derselbe vier Jahre währt und weil der Ablauf so ziemlich nach Schluß der Kuraison verlegt wurde. Wenn jedoch die Gehilfenschaft sich in den nächsten vier Jahren ihrer Pflicht mehr erinnert als in der letzten Zeit, dann dürfte doch manche „gute Absicht“ der Innung ein schöner Traum bleiben.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Abstellstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Erfurt. Eine vom Gesellenauschuß auf Drängen der organisierten Kollegen einberufene öffentliche Versammlung tagte am 13. Juni im „Schwarzen Hof“, um den Tätigkeitsbericht des Gesellenauschusses entgegenzunehmen. Zum Erstaunen der Versammlung sah sich der Einberufer außerstande, einen Bericht erstatten zu können, da in der zweijährigen Berichtsperiode nichts vorgefallen sei.

zzen habe aber der Mitgefelle und Gefellenausschuß bisher in den bestehenden Gefellenevereinen entgegengearbeitet, daher das negative Resultat. Allgemeine Heiterkeit erregte es, als bekannt gegeben wurde, in welchen unwürdigen Logisverhältnissen der bisherige Mitgefelle kampierte. Daß ein Mitgefelle, welcher solche minimale Anforderungen ans Leben stelle, die Interessen der Kollegenchaft nicht vertreten könne, sei klar. Fest stehe, daß in Erfurt eine Reihe Betriebe existieren, welche den von der Innung beschlossenen Minimallohn von M 8 nicht bezahlen, daß vielfach die gesetzliche Sonntagsruhe vollständig mißachtet wird usw. Auch wäre es Aufgabe des Gefellenausschusses gewesen, während der Lohnbewegungen in andern Städten sein Augenmerk auf das Sprechweisen zu richten, damit dieses nicht als Streikbrecherparabureau hätte verwendet werden können.

Noch interessanter gestaltete sich die Versammlung, als der anwesende Obermeister nebst Stab in die Debatte eingriff. Es wurde nun ein regelrechter Lehrkursus zum Nutzen des in vielen Dingen des ehrsamten Handwerks nicht Bescheid wissenden Herrn Obermeisters und Rentiers Büchner abgehalten. Wie eng der Horizont der Herren Obermeister oft gezogen und wie wenig sie das Gemeininteresse beachten, beweist, daß Herr Büchner ruhigen Blutes erklärte: 100 Lehrlinge auf 200 Betriebe in Erfurt sei bei 150 Gefellen keine Lehrlingszuchterei und es sei auch kein Fehler, wenn ein Teil Gehilfen, welche die Fabriken aufsuchen müßten, Bäcker gelernt hätten; Handwerker würden dort lieber gesehen als andere. Der Herr Obermeister mußte sich beherrsigen lassen, daß das ehrende Handwerksrecht doch kein Privileg besitze, vornehmend junges Menschennmaterial unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen zu verbrauchen, um sie dann, gebrochen an Körper und Geist, aus dem Berufe verjagen zu können. Als Kollege Friedrich darauf hinwies, daß bei den jetzigen Verhältnissen, wo alle vier bis fünf Jahre der gesamte Gehilfenstand erneuert ist, und bei dem ständigen Hinweis auf die zu erstrebende Selbstständigkeit als letzten Rettungsanker die völlige Atomisierung und eine weitere Verschlechterung der Gesamtlage des Gewerbes die notwendige Folge sei, mußten ihm sogar die übrigen anwesenden Bäckermeister zustimmen. Charakteristisch war es aber, als Herr Büchner erklärte, sie wollten mit den Gehilfen Hand in Hand gehen, aber so, daß der Gehilfe auch der Unterste bleibe. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ ist demnach Herrn Büchners Wahlpruch. Ehrlichkeit können wir dem Herrn nicht abprechen! Doch auch hier mußte er sich eine Belehrung gefallen lassen, inwieweit ein solches Hand-in-Hand-gehen möglich ist, und daß es nicht nur ein Oben und Unten, sondern auch ein Nebeneinander gibt. Daß die Bäckergehilfen über die Bedeutung ihrer Arbeitskraft mit bestimmten wollen, sollte auch ein Obermeister wissen. Mit recht vergnügten Gesichtern verließen die Kollegen das Lokal. Die Organisation ist also hier wieder einmal der treibende Keil gewesen. Sie wird weiter dafür sorgen, daß Gefellenausschuß und sonstige Korporationen etwas wachamer werden als bisher. Denjenigen Kollegen aber, welche bisher der Organisation noch nicht angehört, dürfte die Versammlung den unwiderleglichen Beweis erbracht haben, daß die Vereinspielerei jetzt aufhören und an diese Stelle eine bis auf den letzten Mann sich erstreckende Organisation treten muß. Erst dann wird der einzelne Kollege sowie die Gesamtheit der Kollegenchaft sich den nötigen Respekt verschaffen und auch den hierzu nötigen Schutz, wenn es gilt, sein Recht zu vertreten. Wer also Knecht unter Obhut seines Meisters bleiben will, dem ist nicht zu helfen, wenn sein erlerntes Handwerk, sein weiteres Fortkommen und die Verbesserung seiner Lage am Herzen liegt und wer Anspruch auf Recht und Freiheit macht, der schließe sich der Organisation an; dann ist die Grundlage geschaffen, um auch vergnügte Feste und fröhliche Stunden verbringen zu können.

Blauen i. Vogtl. Eine Bäckergejellenversammlung war durch den gelben Bund nach dem hiesigen Innungshaus einberufen worden, zu der nur „Meistertroue“ Zutritt haben sollten. Den beiden Vergnügungsvereinen „Früh auf“ und „Saxonia“ hatte man Extraeinladungen zugeandt und waren 40 bis 50 Personen inklusive Meister anwesend. Ein Herr Winter aus Waldenburg ließ seine Stimme ertönen und konnte nicht genug über Genossenschaften und unsere Organisation wettern. Ueber die schlechten Verhältnisse im Gewerbe brachte er leider nichts. Für die beiden Vergnügungsvereine wäre es die höchste Zeit, daß sie sich um ihre Interessen (?) des Berufes kümmern. Die Bäckerstreiks von Leipzig und Chemnitz stellen der gelbe Häuptling als künstlich inszeniert hin, Beweise dafür brachte er aber nicht. Da Herr Winter sah, daß die Blauenischen Bäckergejellen nicht so leicht auf seinen Gimpelfang eingingen, brachte er eine Entschließung ein, dahingehend, daß die beiden Vereine sich baldigst dem gelben Bunde angliedern sollen. Den Mitgliedern des Verbandes war, wie gesagt, der Zutritt zur Versammlung verboten; man kann also sehen, daß die Gesellschaft Angst hatte, es könnte ihr in der Diskussion kräftig heimgeleuchtet werden. Unsere Zahlstelle wird in einer öffentlichen Versammlung aber das Notwendige sagen.

Saarbrücken. Die Organisation macht hier gute Fortschritte. Es gilt, von seiten der Kollegen die Kollegialität zu pflegen, um damit die zahlreich vorhandenen jungen Kollegen dem Verbands als Mitglieder zuzuführen. Bei der kürzlich stattgefundenen Gefellenausschlußwahl wurden in denselben gewählt die Kollegen Weher, Prüßnermeister und Vohrer, und die Kollegen Daub, Brunner und Luß als Ersatzmänner. Als Mitgefelle fungiert Kollege Weher, welcher auch gleichzeitig Besitzer in der Innungskantenkasse ist. In unserer Mitgliederversammlung am 9. Juni hielt Kollege Umann einen Vortrag über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag. Es entspann sich unter den zahlreich erschienenen Kollegen eine lebhafteste Diskussion, die bewies, daß dies ein Thema von anregender und belehrender Bedeutung war. Es werden in der Folgezeit öfter solche Vorträge gehalten werden, da auf diese Weise ein regerer Versammlungsbesuch erwartet wird. Jeden Dienstag und Donnerstag Treffpunkt der Kollegen der Großstadt im Gewerkschaftshaus „Livoli“, Gerberstraße 24, sowie jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung daselbst.

Sonneberg (S.-M.). Eine edle Seele von Bäckermeister ist jedenfalls Herr Friedrich Blechschmidt in Sonne-

berg, der einem Lehrling nach zweieinhalbjähriger Lehrzeit folgendes „Zeugnis“ ausstellte:

Zeugnis!
Herr Oskar Meier zur Zeit Bäckerarbeiter bestätige ich gerne auf Wunsch, daß derselbe von 13. April 1909 bis 31. Sept. 11 bei mir als Bäckerlehrling mit unterbrochener Lehrzeit u. scheinbarer Krankheit thätig war.

Mußte denselben entlassen, da er sich die letzte Zeit äußerte er, wolle mich so lange heinigen, bis ich ihn aus der Lehre entlasse.

Derselbe erklärte er wolle lieber eine Entschädigung zahlen als weiter lernen, den er würde in der noch zu lernenden Zeit das doppelte verdienen. Um Geld würde er ganz gerne arbeiten, aber so hätte er keine Lust.

Derselbe hat sich während dieser Zeit als ein frecher u. nahestweiger Arbeiter gezeigt u. wünsche denselben ein weiteres gutes Fortkommen.

Vin gerne bereit mein Kollegen weitere Auskunft zu erteilen. Friedrich Blechschmidt, Bäckermeister.

Der Lehrling hat inzwischen seine Lehrzeit bei einem andern Meister in Suhl beendet und dieser muß wohl mit seinen Leistungen vollauf zufrieden gewesen sein, da er ihm ohne weiteres eine bestimmte Entschädigung gezahlt hat. Im übrigen spricht das Zeugnis, das Herr Blechschmidt ausstellte, so sehr für den Charakter dieses Herrn, daß jeder weitere Kommentar überflüssig ist.

Fabrikbranche.

Machen. (Unternehmer - Wohlfahrt in Aachen.) Die Schokoladenfabrik von Leonhard Monheim, berüchtigt durch die Qualität ihrer Waren, berichtigt durch die Niedrigkeit der ihren Arbeitern und Arbeiterinnen gezahlten Löhne, erhält in der Zentrumspreffe Weihrach gestreut ob ihrer Leistungen auf sozialem Gebiete. In den höchsten Notentönen wird der soziale Geist genannter Firma gefeiert. Warum? Sie hat Ferien für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen eingeführt. Jeder und jede von diesen Personen bekommt jährlich sechs Tage Urlaub unter Fortzahlung ihres Lohnes. Einzige Vorbedingung ist: man muß fünf Jahre bei der Firma beschäftigt sein, um diese Wohlfahrt zu genießen. Auf diese Weise bleiben bei Monheim 275 Leute an der Arbeit. Sie sind für den Urlaub noch zu jung. Das ferienwürdige Alter haben bei der Firma 75 Personen erreicht. Für eine durchweg nur Qualitätsware erzeugende Schokoladen- und Zuderwarenfabrik kann diese „soziale Tat“ kaum bewertet werden. Ferien sind gewiß notwendig; notwendiger aber sind menschenwürdige Löhne. Mit diesen aber liegt's bei Monheim sehr im argen, und dieser schwere Mangel kann durch bedingte Ferien und Lobgehude in der Zentrumspreffe nicht beseitigt werden!

Solange die Kollegen und Kolleginnen in diesem Betriebe den Weg nicht in ihre Organisation finden, werden sie keine Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen können; am allerwenigsten wird aber der Unternehmer „freiwillich“ „seinen Leuten“ etwas geben.

Bremen. (Arbeiterrisiko.) Bei der Firma Hages & Co. kamen innerhalb vier Wochen in der Schokoladenabteilung an der Temperier- und Einfüllmaschine drei ziemlich schwere Unfälle vor; den daran beschäftigten Arbeiterinnen wurden ein oder mehrere Glieder des rechten Zeigefingers glatt abgeschnitten. In einem Falle war die Arbeiterin erst einige Tage an der Maschine, in einem andern passierte das Unglück während einer Ueberstunde. Es wurde zehn Stunden mit nur einer halben Stunde Pause gearbeitet. Die Arbeiterin wollte, während die Maschine im Betrieb war, nach einem hinein-gefallenen Spatel greifen. Wenn an solchen Maschinen nur mit deren Gefährlichkeit genau vertraute Personen beschäftigt würden und die fürchterliche Treiberei bei dieser Firma nicht überhaupt zu Hause wäre, ließen sich derartige Unglücksfälle eher vermeiden.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Der Bäckerinnungs-zweigverband des Saar-, Mosel- und Rheintales hatte am 3. Juni in Saarbrücken seinen 14. Jahresstag. In Verbindung mit demselben feierte die Bäckerinnung St. Johann-Saarbrücken ihr fünfzig-jähriges Bestandsjubiläum. Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Bäckermeister Hageberger-Neunkirchen, ging hervor — was unsern Kollegen als Ansporn dienen soll —, daß die Organisation der Bäckermeister an Umfang wiederum zugenommen hat. Die Innungen Trier, Friedr. Reichthal-Bildstock und Sobornheim sind dem Verbande beigetreten. Aus den Verhandlungen interessierte uns hauptsächlich das Thema „Sonntagsbadverbot“. Der Referent führte aus: „Schon auf der vorjährigen Tagung des Zentralverbandes in Stuttgart sprach sich eine überwiegende Mehrheit gegen ein Badverbot aus. Der Antrag auf Einführung kam von den Meistern aus Berlin und Westfalen. Die Berliner taten dies jedoch nur unter dem Druck sozialdemokratischer Forderungen. Sie gedachten die sechs- und dreißigstündige Ruhezeit durch eine zweiundzwanzigstündige zu ersetzen. Nachdem nun die Anregung zu dem Verbot gegeben war, zieht die Bewegung heute, besonders auf Betreiben des meistertreuen Gehilfenbundes, weitere Kreise. Es ist daher möglich, daß sich die Regierung solchen Wünschen gegenüber geneigt zeigt. Es gilt, sich also zur Wehr zu setzen, da ein Badverbot heute noch undurchführbar ist. Ueberdies würden die Gehilfen mit diesem Ruhetag auch nicht mehr zufrieden sein. Aus diesem Grunde muß rechtzeitig gegen das Verbot angekämpft werden.“ Es wurde schließlich zu diesem Punkt folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der 14. Zweigverbandstag spricht sich gegen das zweiundzwanzigstündige Badverbot aus. Auf alle Fälle erblickt er darin eine Stärkung der Selbstständigkeit einer großen Zahl von staatszerhaltenden Existenzen, die bei Erfüllung dieser Forderungen dem Ruin entgegengeführt werden. Wir wünschen, daß der sechs- und dreißigstündige Ruhetag sowohl als auch das zweiundzwanzigstündige Badverbot nicht allgemein gesetzlich eingeführt werden, sondern nur da, wo es auf besonderen Wunsch der betreffenden Städte ausdrücklich verlangt wird.“

Deutlicher kann es natürlich nicht mehr ausgedrückt werden, daß die Bäckergejellen nur dann eine Verbesserung ihrer Verhältnisse zu gewärtigen haben, wenn sie sich organisieren und auf die Bäckermeister den nötigen Druck ausüben, um etwas herauszuquetschen. Es gilt also heute mehr als je, Propaganda zu machen für den sechs- und dreißigstündigen Ruhetag. Für den nur allein wird sich die Kollegenchaft ganz Deutschlands erwärmen lassen. Alle andern Schönheitspflesterchen mögen in den Ortus verschwinden.

„Möge man doch endlich einhalten mit der sozialen Fürsorge und bedenken, daß ausgepreßte Zitronen wertlos sind!“ jammert die „Internationale Rundschau für Bäckerei, Konditorei usw.“, deren geistiger Leiter Herr Wilhelm Hartmann ist. Und warum? Weil die Nahrungsmitteleigenen Genossenschaft zu ihrer nächsten Generalversammlung einige Anträge gestellt hat, die den Herren Bäckermeistern nicht gefallen. „Daß in den gesamten Handwerkerkreisen noch kein Zusammenschluß stattgefunden hat, um endlich energig und, wenn es nicht helfen sollte, immer wieder gegen Erweiterung der sozialen Fürsorge und dementsprechende Belastung der Gewerbetreibenden zu protestieren, ist befremdend. Wir meinen, daß das Maß längst zum Ueberlaufen voll ist!“ klagt die „Rundschau“ weiter.

Die armen Bäckermeister! Ist denn das Blatt von dem Klameauschuß der großen Jubiläumsausstellung für das Bädergewerbe, die die Altonaer Innung gegenwärtig aus Anlaß ihres dreihundertjährigen Geburtstages veranstaltet, ganz und gar übersehen worden? Wenn man der „Rundschau“ eines der vortrefflichen Plakate für diese Ausstellung zugehört hätte, so hätte Herr Hartmann sich überzeugen müssen, daß eine solche „ausgepreßte Zitrone“ von Bäckermeister immer noch eine ganz respectable Erscheinung und mindestens nicht schlecht bei Leibe ist. Die soziale Last muß demnach noch auszuhalten sein.

Aus gegnerischen Organisationen.

Die neutralen Zentrums-gewerkschaften. Bei der Nachwahl im Reichstagswahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis für den mandatsmüden Auditorschnüffler Roeren spielten sich allerlei Vorgänge ab, die auf die „unpolitischen“ Zentrums-gewerkschaften ein eigenartiges Licht werfen. Die Wochenschrift des Grafen Oppersdorff, „Wahrheit und Klarheit“, berichtet nämlich hierüber: Vor einiger Zeit habe ein christlicher Gewerkschaftssekretär erklärt, wenn die Kandidatur Sauermann (dessen Aufstellung nach dem führenden Zentrumsblatt „Germania“ auf das Konto der christlichen Gewerkschaften zu setzen ist — D. Red.) zustande komme, brauche die Zentrums-partei des Wahlkreises keinen Pfennig zu den Wahlkosten beizutragen; die Stimmgeld würden von Saarbrücken aus geliefert, die Wahlkosten von Köln aus bestritten. Der Artikel fügt hinzu: „In Saarbrücken ist der Sitz der Gewerkschaftsleitung im Saarrevier, in Köln das Generalsekretariat der Gewerkschaften.“

Auch gegenüber der Kandidatur Staudt habe der gleiche Gewerkschaftssekretär erklärt, daß Geld genug zur Verfügung stehe. Auch hier deutet der Artikel an, daß das Geld aus den Kassen der angeblich „neutralen“ christlichen Gewerkschaften stamme. Der Artikel des Oppersdorffschen Blattes meint zum Schluß, die christlichen Gewerkschaften dürften es sich im Gegenjatz zu denen, „die das Zentrum auf katholische Grundjätze festlegen wollen“, gestatten; denn „die christlichen Gewerkschaften sind ja die Elite des Zentrums“. Wer sich gegen sie wendet, der muß als Mörgler hinaus aus dem Turm. Wer Julius zum Freunde hat, darf sich eben alles erlauben.

Die christlichen Drahtzieher werden von diesen Tatsachen sicher nicht erbaut sein, am allerwenigsten aber die Macher des Düsseldorf-Industrieverbändchens. Diese Leute haben in ihrem Blättchen eine ständige Rubrik eingerichtet, wo nur der Nachweis erbracht werden soll, daß die freien Gewerkschaften sich mit Haut und Haaren der sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben. Und wie oftmals haben die „Christlichen“ mit jesuitischem Augenverdrehen beschworen, daß die auf christlich nationalem Boden stehenden Zentrums-gewerkschaften die Störderung von parteipolitischen Fragen weit von sich weisen. Wie aber oben nachgewiesen werden konnte, sind solche Ausreden wissenschaftlicher Schwindel. Wenn die „Christlichen“ von der Zentrums-partei unabhängig sind, wie immer behauptet wird, wie konnte dann Pfarrer Rosch in einer Wählerversammlung in Saarlouis dazu wörtlich nach dem Zentrumsorgan „Saarpott“ folgendes sagen:

„Es mache jedenfalls in den Parlamenten einen besseren Eindruck, wenn von andern Abgeordneten für die Arbeiterinteressen gesprochen werde, als wenn dies von Arbeiterabgeordneten selber geschehe, denen von andern Parteien Mißtrauen entgegengebracht werde, daß sie zu sehr für die eigene Sache redeten. Wenn die christlichen Gewerkschaften Sonderbündelei trieben, so könne daraus ein Kampf auf Leben und Tod entstehen.“

Der Pfarrer wird sicher nicht aus dem hohlen Bauch heraus Löcher in die Luft reden wollen, sondern genau über die engfreundtschaftlichen Beziehungen der Zentrums-partei zu den Zentrums-gewerkschaften unterrichtet sein. Anders wäre die Drohung sinnlos. Vielleicht sind die Herrschaften in Düsseldorf in der Lage, in ihrer Zeitung den Lesern über die Beziehungen der christlichen Gewerkschaften zur Zentrums-partei näheren Aufschluß geben zu können?

Polizei und Gerichte.

ssc. **Syndikats-Terrorismus.** Ein großes Schlaglicht auf die Nebenart von der „Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz“ wirft ein Prozeß, der vor dem Reichsgericht spielte. Der Tatbestand ist nach dem attemmäßigen Bericht in der „Kartellrundschau“ der folgende: Eine Waren-Einkaufsgenossenschaft in Berlin hatte mit der Rosenthaler Hefefabrik in Breslau einen Lieferungsvertrag auf Lieferung von täglich 20 Zentner Preßhefe für die Dauer von

zehn Jahren. Anfang 1906 ersuchte der Verband der deutschen Geseffabrizen, ein Syndikat mit 28 Millionen Mark Betriebskapital, die Einkaufsgenossenschaft, dem Preßhefesyndikat beizutreten. Die Genossenschaft konnte sich über die Beitrittsbedingungen mit dem Syndikat nicht einigen, worauf dieses am 17. Februar 1906 über die Genossenschaft die Sperre verhängte. Es verbot seinen Mitgliedern, ihr Mehl zu liefern und setzte es durch, daß die Rosenthaler Fabrik ihren Lieferungsvertrag brach! Infolgedessen war der Einkaufsgenossenschaft der Mehlbezug unmöglich gemacht; sie mußte Ende 1906 den Mehlbezug einstellen und liquidieren.

Nun verklagte die Genossenschaft die Rosenthaler Geseffabrik wegen Vertragsbruch auf Schadenersatz und erzielte in drei Instanzen ein obliegendes Urteil. Gegen das Syndikat klagte die Genossenschaft auf Aufhebung der Sperrmaßregeln und Schadenersatz. In diesem Verfahren wurde der brutale Terrorismus jener Kreise enthüllt, die nicht genug nach drakonischen Gewaltmaßregeln gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“ schreien können. Das Syndikat hatte durch ein weitangelegtes Spionagesystem die Bezugsquellen der Genossenschaft ausfindig machen lassen. Die Angestellten der Genossenschaft wurden bestochen, Kutscher betrunken gemacht und dann ausgefragt, schließlich die Expedition gesperrt! Die Breslauer Geseffabrik wurde durch das Versprechen, syndikatszeitig würde ihre Mehl abgenommen, zum Vertragsbruch bewogen. Die schon erwähnte Folge dieses syndikalistischen Terrorismus war der Bankrott der Genossenschaft. Das Syndikat wendete zu seiner Rechtfertigung ein, es habe „nur in Gegenwehr“ gehandelt, um das „daniederliegende Geseffgewerbe in die Höhe zu bringen“.

Das Landgericht Berlin I trat der Klägerin bei, indem es urteilte, das Syndikat habe die Sperre aufzuheben, und auch den Anspruch auf Schadenersatz erklärte das Landgericht dem Grunde nach für gerechtfertigt. Entgegenge setzt urteilte das Kammergericht, welches bekanntlich schon wiederholt als scharfe Beurteillerin von angeblichem oder wirklichem Terrorismus, begangen von Angehörigen der Arbeiterverbände von sich reden gemacht hat. Das Kammergericht sprach das Preßhefesyndikat von der Anklage der gegen die guten Sitten verstoßenden Sperre frei und verwarf demgemäß auch den Anspruch auf Schadenersatz! Nach den vergeblichen Einigungsversuchen habe das Syndikat „keine Rücksicht mehr auf den Betrieb der Klägerin zu nehmen brauchen!“ Danach seien die angewandten Kampfmittel „wegen der beiderseitigen gleichen Erbitterung nicht als fittlich verwerflich und nach § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches unerlaubt anzusehen“. Das nun mehr angerufene Reichsgericht hob am 16. März 1912 das Urteil auf und verwies die Sache an das Kammergericht zurück. Die oberste Instanz fand, „daß das Urteil zu mehrfachen Bedenken Anlaß gäbe“. Der von der Klägerin angebotene Beweis des syndikalistischen Terrorismus war vom Kammergericht nicht berücksichtigt worden. Mit diesem Kammergerichtsurteil vergleiche man die harten Bestrafungen von Arbeitern, die sich in gerechter Empörung über hartnäckige Ablehnung ihrer Forderungen und über unsozialistisches Verhalten „arbeitswilliger“ Berufskollegen nur zu Schimpfworten gegen Streikbrecher hinreißen ließen. Schon für den Ruf „Pfiu!“ gegen Streikbrecher werden von den Untergerichten wochenlange Gefängnisstrafen verhängt und oberinstanzlich prompt bestätigt. Im Falle des Preßhefesyndikats findet das oberste preußische Gericht, daß eine bis zum geschäftlichen Ruin der organisationsunlustigen Firma durchgeführte Bezugsquellen Sperre nicht gegen die guten Sitten verstoße! Da werden die terroristischen Maßnahmen des Unternehmer Syndikats mit der „beiderseitigen Erregung“ entschuldigt. Ueber die Arbeiterkämpfe um die Erhöhung ihrer Lebenshaltung lauten die Gerichtsurteile ganz anders. Weil „alle Bürger vor dem Gesetz gleich“ sind.

Internationales.

Quittung.

An Beiträgen für das Internationale Sekretariat gingen ein: Verband der Zuckerbäcker Dänemarks für 1912, 309 Mitglieder, M. 9,28.

Internationales Sekretariat für Bäcker und Konditoren.
O. Allmann.

Im Streik und der Aussperrung der Bäckereiarbeiter Schwedens ist nach den eingelaufenen Berichten noch keinerlei Aenderung eingetreten. Zuzug ist nach Schweden auch fernerhin strengstens fernzuhalten.

Unsere österreichische Bruderorganisation im Jahre 1911.

Der Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß derselbe auch jetzt wieder bedeutende Erfolge zu verzeichnen hatte. Seit Bestand des Verbandes ist eine immerwährende Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen, jedoch noch nie war der Mitgliederzuwachs ein so großer wie im abgelaufenen Berichtsjahre. Nicht weniger als 1256 neue Kämpfer gewannen unsere österreichische Bruderorganisation, so daß mit Ende 1911 9084 Mitglieder gezählt wurden und somit das neunte Tausend bereits überschritten wurde. Es ist dies ein für die österreichischen Bäckereiarbeiter sehr ehrendes Zeugnis, daß sie es verstanden haben, trotz der Bemühungen der Christlichgelben und der Separatisten ihrer Kampfesorganisation eine so stattliche Anzahl neuer Mitglieder zuzuführen. Die Bäckereiarbeiter Oesterreichs sind sich dessen nur zu wohl bewußt, daß eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie auch die Erkämpfung eines aus-

reichenden gesetzlichen Schutzes ihrer Gesundheit nur durch eine starke, gut ausgebaute Organisation möglich ist. Von dieser Erkenntnis können unsere Genossen in Oesterreich durch keine in noch so pathetischem Tone vorgetragene Phrasen nationalen oder religiösen Inhaltes abgebracht werden. Und wie sehr die Bäckereiarbeiter Oesterreichs davon überzeugt sind, daß auch der nationale Chauvinismus nicht geeignet ist, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, beweist die Tatsache, daß es gelang, in den vom Separatismus am meisten heimgesuchten Gebieten, den Sudetenländern (Böhmen, Mähren und Schlesien), die Mitgliederzahl um ein bedeutendes zu heben. Dadurch wird es möglich, auch in diesen wirtschaftlich

größere Stabilität der Mitglieder schließen läßt und auch in der Vermehrung der Mitgliederbeiträge der zweiten und dritten Klasse zum Ausdruck kommt. Während die Zahl der Beiträge in der dritten Klasse um 15 199, in der zweiten Klasse um 21 968 gestiegen ist, beträgt die Beitragsvermehrung in der ersten Klasse nur 1291. Ein Beweis, wie richtig der im Oktober abgehaltene vierte Verbandstag gehandelt hat, als er alle auf Schaffung niederer Beitragsklassen hinielenden Anträge ablehnte. Ein erfreuliches inneres Erstarren der Organisation drückt sich in der vermehrten Zunahme der beiden höchsten Beitragsklassen aus, und es ist zu hoffen, daß diese innere Festigung unserer Bruderorganisation auch fernerhin anhält.

Daß es unsern Genossen auch gelang, die Arbeitsvermittlung mehr als bisher auszubauen, ist ein für das Erstarken derselben sehr erfreuliches Symptom. Lange Jahre hindurch schien es, als sollte es nicht möglich sein, die Arbeitsvermittlung unsern Zielen dienlich zu machen. Noch im Jahre 1910 betrug die Gesamtzahl der vorgenommenen Vermittlungen nur 4409, wogegen sie im Jahre 1911 die Höhe von 5711 erreichte. Dadurch wird es möglich, der Organisation einen erhöhten Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu sichern und mehr als bisher auf die Einhaltung der errungenen Erfolge in den Betrieben zu dringen. Ein leider noch immer ungemein trauriges Kapitel bilden die Beitragsbefreiungen. Nicht weniger als 3383 Mitglieder waren wegen Arbeitslosigkeit von ihrer Beitragspflicht entbunden.

Im Durchschnitt war jedes Mitglied elf Wochen ohne Erwerb. Davon waren aber 35 Genossen ein volles Jahr arbeitslos, 3144 Mitglieder waren 1 bis 26, insgesamt 27 384 Wochen und 239 Mitglieder waren 27 bis 52, insgesamt 8754 Wochen ohne Arbeit. Wieviel Not und Elend drückt sich in diesen wenigen Ziffern aus und wie erbärmlich stehen jene Marodeure des wirtschaftlichen Kampffeldes da, die es über sich bringen können, angesichts so trauriger Tatsachen den Kampf der Arbeiterschaft um bessere Existenzbedingungen zu erschweren. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug im abgelaufenen Jahre die stattliche Summe von Kr. 318 413,78, die Ausgabe Kr. 300 767,48. Im Vorjahre betragen die Einnahmen Kr. 268 301,95 und die Ausgaben Kr. 256 579. Man sieht also eine bedeutende Vermehrung der Ausgaben, die in erster Linie auf die vermehrten Unterstützungsleistungen zurückzuführen ist.

Es wurden verausgabt im Jahre 1911 an

Arbeitslosenunterstützung	Kr. 74289,26
Gemaßregeltenunterstützung	1451,80
Reiseunterstützung	5856,45
Schlafstellenunterstützung	328,32
Krankenunterstützung	51525,65
Hinterbliebenenunterstützung	2130,—
Insgesamt Kr. 135 581,48	

Im Jahre 1910 wurden für Unterstützungen aller Art Kr. 111 383,60 ausgegeben. Es ergibt sich mithin gegen das Vorjahr eine Steigerung der Unterstützungsleistungen von Kr. 24 197,88. Das ist einerseits durch die sich immer mehr und mehr durchsetzende Stabilität der Mitglieder, andererseits durch die lange Arbeitslosigkeit eines Teiles unserer Mitglieder zu erklären.

Interessant ist auch, zu sehen, wie erzieherisch die auf dem Verbandstage 1908 beschlossene Beitragsquote auf die einzelnen Mitgliedschaften gewirkt hat. Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaften erbrachte aus der ihr verbleibenden Quote einen Kassenbestand. Es hatten am Ende 1911 52 Ortsgruppen einen Kassenbestand von Kr. 10 298,71, wogegen bloß elf Mitgliedschaften eine Mehrausgabe von Kr. 142,40 hatten. Es ergibt sich mithin, daß durch diese Maßregel sehr zur finanziellen Gesundung unserer Organisation beigetragen wurde.

Aber nicht bloß durch die Gewährung von Unterstützungen wirkt der Verband als soziale Institution ersten Ranges, sondern auch durch den Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. In nicht weniger als 40 Städten haben wir mit den Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen, in denen eine Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse vorgesehen ist. Für die in diesen 40 Städten beschäftigten 11 000 Fachkollegen wurde eine Lohnerhöhung von mehr als einer Million Kronen erkämpft. Auf jeden einzelnen Arbeiter berechnet, ergibt sich eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um Kr. 2 pro Woche.

Außerdem gelang es, für die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Fachkollegen den vollständigen sechsenddreißigstündigen Ruhetag zu erkämpfen, so daß mehr als 10 000 Bäckereiarbeiter der Wohltat eines freien Tages in jeder Woche teilhaftig werden. Diese wenigen angeführten Beispiele beweisen zur Genüge, daß eine starke, gut ausgebaute Organisation sehr wohl imstande ist, Bedeutendes für ihre Mitglieder in bezug auf Verbesserung ihrer Existenzbedingungen zu leisten. Diese Erkenntnis aber wird jeden einzelnen anspornen, in dem nun neuerdings einsetzenden Kampfe um das Bäckerschutzgesetz seinen Mann zu stellen, mögen auch die Feinde jeglichen Arbeiterschutzes gegen dieses für die konsumierende Bevölkerung so notwendigen Gesetzes Sturm laufen; die Bäckereiarbeiter Oesterreichs werden nicht ruhen und rasten, bis ihren so bescheidenen Forderungen seitens der Gesetzgebung Rechnung getragen wird.

Der Jahresbericht unserer Fachgenossen lehrt uns, daß, wenn jeder einzelne seine Pflicht erfüllt, für die Arbeiterschaft der Erfolg gesichert ist. Deshalb ist auch in diesem Jahre die Losung unserer österreichischen Bruderorganisation: Vorwärts zum Kampfe, vorwärts zum Siege!

Sozialpolitisches.

Rujo Brentano gegen den Streikbrecherführer. Ueber den offenen Brief Brentanos gegen Bernhardt, veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“, haben wir seinerzeit berichtet. Von besonderem Interesse ist besonders

Keiner der Kollegen veräume es, sich die **Geschichte d. deutschen Bäcker- und Konditorbewegung** von O. Allmann anzuschaffen!

Wer als Mitglied die Bestrebungen unserer Organisation voll und ganz verstehen und ihre Kämpfe von den ersten Anfängen bis zur Gegenwart genau verfolgen will, der muß unbedingt die umfassenden und interessanten Darstellungen, die dieses Werk bringt, kennen!

Die Geschichte schildert aber außerdem die Entstehung des Genereis von den Ursprüngen bis zu den modernen Fabriken.

Die Geschichte enthält wertvolle historische Dokumente, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden.

Die Geschichte bringt eine erschöpfende Darstellung der gesamten Gefellenbewegung aus früheren Jahrhunderten bis zur heutigen Zeit.

Die Geschichte ist also besonders für die in unsern letzten Lohnkämpfen neu gewonnenen Mitglieder wertvoll — sie werden um so schneller in der Organisation ihren Hort und Schutz erkennen, je eingehender sie mit unserer Bewegung vertraut werden.

An die Mitglieder wird die „Geschichte“ (zwei Bände in geschmackvollem Leinen einband) für Mk. 4 abgegeben.

In den Zahlstellen nehmen die Verbandsfunktionäre die Bestellungen entgegen und gewähren auf Wunsch auch Ratenzahlungen. Einzelmitglieder können das Werk gegen Einsendung des Betrages direkt durch Unterzeichneten beziehen. für Nichtmitglieder beträgt der Preis für die zwei Bände Mk. 6.

Hamburg I, Besenbinderhof 57.

Der Verbandsvorstand.

am weitesten zurückgebliebenen Ländern den Kampf um bessere Lebens- und Existenzbedingungen mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Gerade in jenen vom nationalen Chauvinismus am meisten heimgesuchten Gebieten ist die Ausbeutung der Arbeiter und die Lehrlingszüchterei am allerargsten. Wie sehr das Vorhandensein einer starken, schlagfertigen Organisation den Verlauf von Lohnbewegungen beeinflusst, dafür liefern die im diesem Jahre bereits errungenen Erfolge den besten Beweis. In Wien und Niederösterreich, wo 4448 Arbeiter (beinahe 50 pZt. aller Mitglieder) dem Verbandsangehören, gelang es, im Wege friedlicher Vereinbarungen zum Abschlusse von Kollektivverträgen zu kommen, die den betreffenden Arbeitern eine bedeutende Verbesserung ihrer Lebenshaltung ermöglichen. Durch die Ueberschreitung des neunten Tausends nähern sich die Bäckereiarbeiter Oesterreichs dem ersten Zehntausend. Hoffen wir, daß es den vereinten Bemühungen aller um die Besserstellung der Arbeiterschaft kämpfenden Genossen gelingt, dieses Ziel in diesem Jahre zu erreichen. Nachstehend geben wir eine übersichtliche Zusammenstellung der Mitgliederbewegung seit Bestand des Verbandes:

1902	2095	1907	6340
1903	3217	1908	6652
1904	4296	1909	7049
1905	5009	1910	7828
1906	6399	1911	9084

Interessant ist auch, daß die Neubetriebe gegen das Vorjahr um 672 gestiegen, die Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder jedoch um 584 gesunken ist, was auf eine

nachfolgende Stelle von Brentano, in welcher er sich scharf gegen die von Bernhard betriebene Zuchthausgesetzpropaganda ausdrückt. Sie lautet:

„Ich finde es mit meinen Vorstellungen von Recht und Billigkeit nicht vereinbar, daß man streikenden Arbeitern selbst die Möglichkeit friedlicher Verständigung ihrer Arbeitsgenossen durch ein Verbot des Streikpostensnehmens entziehen will, solange sich mächtige Arbeitgeberverbände unbehelligt von jeder Polizei des raffinierten und tadellos funktionierenden Mittels der schwarzen Listen und des Telegraphs, Telephons und der Post zur Brotlosmachung arbeitswilliger Menschen bedienen können. Ich werde auch niemals eine Justiz begreifen, welche Handlungen mit schwereren Strafen ahndet, die, wenn sie bei anderer Gelegenheit, als aus Anlaß einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung oder zu anderem Zweck als dem der Forderung einer Koalition begangen werden, straflos sind, die wenn es gelegentlich vorgekommen ist, einem Streikenden, der einem vom Unternehmer vom Bahnhof persönlich abgeholt und arbeitswilligen zurückführt: „Da wird ein Vätergenosse“ zwei Wochen Gefängnis zudiktieren oder die Bezeichnung eines Streikbrechers als „Nichtraucher“ mit Freiheitsstrafe ahnden. Ungesichts solcher und zahlreicher ähnlicher Urteile erscheint die Aufforderung zur kraftvollen Anwendung des bestehenden Ausnahmeregels besonders verwerflich.“

Das Unternehmertum in unsern Berufen wird zum mindesten Brentano als Sozialdemokraten einschätzen, weil er sich in so offener Weise gegen die Bestrebungen der Scharfmacher wendet und ihnen nicht Handlangerdienste leistet.

Der erste Bezirkskommandeur als Ortskrankenkassenrentner. Die Voraussetzungen der Reichsversicherungsgesetzgebung, daß das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zur Schaffung von Sinecuren für pensionierte Offiziere geopfert worden sei, scheint schneller als man nur denken konnte in Erfüllung zu gehen. Dafür ist folgender Vorfall ein drastischer Beweis: In der Ortskrankenkasse zu Bochum, in deren Vorstand die christlichen Gewerkschafter dank einem zu ihren Gunsten raffiniert ausgeführten Gruppenwahlrecht die sämtlichen Arbeitervertreter stellen, ist es zu einem Konflikt zwischen den Arbeiter- und Unternehmervertretern gekommen. Es handelt sich um die Wahl eines Rentners. Die christlichen Gewerkschafter wollen einen der Ihren unterbringen (wenn andere das tun, so üben sie Terrorismus gegen Andersgesinnte), während die Unternehmer — die bei der letzten Vertreterwahl von den Christen übel mitgenommen, sogar als verkappte Sozialdemokraten bezeichnet worden sind, weil sie nicht nach der christlichen Pfeife tanzen wollten — ihren Mann unter Dach und Fach bringen möchten. Dieser Mann ist der Oberstleutnant und Bezirkskommandeur Meyer in Bochum; ein alter Herr, dem nachgerühmt wird, daß er „Gelegenheit genommen hat“, sich bei der Aufsichtsbehörde einige Zeit mit der Materie vertraut zu machen. Und das läßt darauf schließen, daß der Vorschlag, diesen Bezirkskommandeur zum Rentner zu machen, von der Aufsichtsbehörde — direkt oder indirekt — ausgegangen ist. Da nun die Christen für ihren Kandidaten gestimmt haben, die Unternehmervertreter für den Bezirkskommandeur, also eine Einigung nicht zuhande gekommen ist, so hat nach der Reichsversicherungsordnung, die mit Hilfe der Zentrumschriften geschaffen wurde, um die Krankenkassen von den „sozialdemokratischen Terroristen“ zu befreien, die Aufsichtsbehörde zu entscheiden. Man kann nun, wenn die Entscheidung der Aufsichtsbehörde zugunsten des Bezirkskommandeurs ausfällt, gespannt darauf sein, in welcher Weise sich die „Christlichen“ bei den parlamentarischen Protektoren dieser famosen Besetzungspraxis von Verwaltungsposten innerhalb der Arbeiterversicherung bedanken werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nach den vorliegenden Berichten brachte das Wirtschaftsleben im April eine weitere Besserung mit sich. Die allmähliche Klärung der politischen Wirren drängte die kriegerischen Ereignisse zwischen der Türkei und Italien immer mehr in den Hintergrund. Allerdings brachte die vorübergehende Schließung der Dardanellen Einwirkungen im Handel mit, die vornehmlich auf dem Getreidemarkt von gerissenen Spekulanten erfolgreich ausgenutzt wurden.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die Nachfrage nach Arbeitskräften nach den Berichten der Krankenkassen eine weitere Steigerung erfahren. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn der Bestand am 1. Januar gleich 100 gesetzt wird, beim männlichen Geschlecht auf 106, beim weiblichen auf 104 gestiegen; im gleichen Monat des Vorjahres betrug er 107 bzw. 103. Nach den Berichten der Fachverbände waren am Ende des Monats 1,7 von 100 arbeitslos, gegen 1,8 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Besserung eingetreten, jedoch nicht gegen März, wo die Arbeitslosigkeit 1,6 von 100 betrug. Die Gesamtberichte der Arbeitsnachweise hatten auf -100 offene Stellen 150 männliche und 92 weibliche Personen aufzuweisen. Auch hier kann ein starker Zustrom von Arbeitssuchenden gegen den Vormonat beobachtet werden, in dem die Zahl 143 bzw. 79 betrug.

Im Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug die Einnahme M 154 566 753, das sind M 10 871 665 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres, was wiederum einer Mehrerinnahme von M 170 oder 6,18 von 100 auf ein Kilometer gleich kommt.

Die Verhältnisse auf dem Geldmarkte lassen auch bei Beginn des zweiten Quartals viel zu wünschen übrig. Die Reichsbank hält unverändert an ihrem Diskont von 5 pzt. fest. Die Bank von England verzeichnet dagegen schon längere Zeit nur 3 1/2 pzt. an Diskont. Privatdiskont bewegte sich zwischen 3 1/2 und 3 3/4 pzt. Zweifellos betreibt die Reichsbank eine sehr vorsichtige Diskontpolitik, sie muß jedoch lähmend auf die Unternehmungslust wirken,

weil bei hohen Diskontsätzen manche industrielle Neugründung unterbleibt.

Auf dem Rohproduktenmarkt war besonders bei Getreide ein starkes Anziehen der Preise bemerkbar. Als Hauptgrund wurde die Schließung der Dardanellen durch die Türkei angeführt. Die Sperrung dieser wichtigen Wasserstraße im europäischen Südoften unterbrach die Zufuhr aus den Hauptexportländern Rußlands und den Donaufstaaten. In Anbetracht des geringen Getreidevorrates in den europäischen Konsumländern erhielt dieser Vorgang eine besondere Bedeutung. Im übrigen benutzten Spekulanten die Gelegenheit für sich, um Nutzen daraus zu ziehen. Die Verschiffungen aus Rußland zeigen in dieser Zeit beträchtliche Rückgänge. Innerhalb einer Woche ging das Quantum des verladenen Weizens von 1400 Tonnen auf 700 Tonnen zurück. Würde durch die günstige Ernte in Argentinien die Zufuhr nach Europa nicht größer gewesen sein, so hätte die Hausse nicht weiter um sich gegriffen. Nach der Berliner Börse betragen die Preise pro Tonne in Mark:

	Weizen	Roggen
Anfang April.....	215	186
Mitte April.....	223	192
Anfang Mai.....	231	200

Seit Jahresanfang sind die Preise pro Tonne Weizen von M 205 auf M 231 oder um M 26 gestiegen. Die Tonne Roggen kostete am Jahresbeginn M 185, Anfang Mai M 200, was einer Steigerung von M 15 gleichkommt. Die deutsche Zollpolitik ist ja so zugeschnitten, daß eine solche Steigerung unausbleiblich ist. Es wurde deutsches Getreide vom 1. August 1911 bis 30. April 1912 nach dem Auslande geliefert: 743 800 Tonnen Roggen, 107 300 Tonnen Roggenmehl, 419 600 Tonnen Weizen und 113 200 Tonnen Weizenmehl. Bei Roggen ist die Ausfuhr geradezu enorm zu nennen, sie ist höher als in allen früheren Jahren und übersteigt sehr stark die Einfuhr, die in der genannten Zeit sich auf 274 400 Tonnen beläuft.

Die Preissteigerung für Getreide brachte eine Erhöhung der Mehlpreise, wenn auch nicht in der Höhe, mit sich, und die Bäderinnungen erhöhten zuletzt die Brotpreise, so daß auch diese Preisserhöhung wieder voll auf die Schultern der Konsumenten abgeladen wurde. In letzter Zeit machten sich sogar Anzeichen zur Gründung von Brottrübs bemerkbar.

In Hannover haben sich die Brotfabrikanten vertraglich verpflichtet, einen einheitlichen Verkaufspreis für Brot einzuhalten. Bei Zuwiderhandlungen verfallen die „Gesellschafter“ einer Konventionalstrafe von M 500.

Der Zuckermarkt weist nach den Berichten eine ruhige, stetige Stimmung auf. Die Preise sind seit der getroffenen Vereinbarung mit Rußland ständig gesunken. Am Monatschluß wurde nach den Magdeburger Berichten bezahlt: für Bratrasfina I M 25 bis M 25,50, gemahlene Raffinade M 24,75 bis M 25,25, gemahlener Melis I M 24,25 bis M 24,75 pro 50 Kilo. Raffinade blieb im Preise fest. Die Hamburger Klappreise betragen für 50 Kilo bei Utra M 47, Bahia M 50, Arriba M 53, gegen M 47, M 50 beziehungsweise M 53 im Vormonat.

Soweit bis jetzt aus einzelnen Aktiengesellschaften in der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie Berichte über die Geschäftsergebnisse vom Vorjahre an die Öffentlichkeit gebracht wurden, wird unsere Ansicht bestätigt, wonach die Unternehmer trotz der enormen Preissteigerung der Rohprodukte außerordentlich hohe Gewinne herausgeholt haben. Für den Arbeiter fielen aber in der aufsteigenden Periode der Wirtschaftsjunktur auch nur Profite unter den Tisch. Bereits ertönen von Vertretern des Vorjunkturkapitals Warnungsrufe, daß der Höhepunkt der Hochkonjunktur bald erreicht sein dürfte. So äußerte sich kürzlich in einer Rede im preußischen Herrenhaus Dr. v. Gwinners, Direktor der Deutschen Bank: es sei „doch sehr zu bezweifeln, ob die günstige Konjunktur noch von langer Dauer sein werde. Im Zeitalter der Elektrizität verkaufen die Wellen von Ebbe und Flut kürzer, als es früher der Fall war. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Woge sich zu überschlagen droht. Wir haben bereits zwei oder drei Jahre aufsteigender Konjunktur hinter uns“.

Für unsere Berufsangehörigen ergibt sich aber: nützt die gute Wirtschaftsjunktur aus, sammelt die abseits stehenden Kräfte und erkämpft auch jetzt eine bessere Lebenshaltung für die bevorstehenden schlechten Zeiten.

Gewerkchaftliche Rundschau.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, die am 2. Juni in Düsseldorf zusammentrat, nahm folgende von einer Sonder Sitzung des erweiterten Vorstandes vorgelegte Resolution einstimmig an:

„Die Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen empfiehlt den Mitgliedern, zu den vom Deutschen Metallarbeiterverband gewährten Bedingungen den Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband in einer Urabstimmung zu beschließen.“

Die Urabstimmung findet für alle Mitglieder gemeinsam am 13., 14. und 15. Juli statt, die Tagesstunden werden von den Verwaltungsstellen festgesetzt.

Beschließen die Mitglieder in der Urabstimmung mit Stimmenmehrheit den Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband, so hat der Uebertritt am 1. Oktober 1912 zu erfolgen, die nähere Regelung des Uebertritts geschieht durch den Vorstand. Für Mitglieder, die nicht spätestens am 31. Dezember 1912 übergetreten sind, kommen die Uebertrittsbedingungen nicht mehr in Frage.

Wird die Verschmelzung von den Mitgliedern abgelehnt, so hat der Vorstand die Delegierten der 13. Generalversammlung zu einer erneuten Tagung zu berufen.“

Allgemeine Rundschau.

Ueber das verfloßene Geschäftsjahr in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie äußern sich jetzt wieder die Handelskammern in ihren Berichten, und wir werden das Hauptfächliche aus denselben wiedergeben. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft geben folgendes Urteil ab:

„Der Absatz in Schokolade und Schokolademarken war seit Anfang des Berichtsjahres befriedigend, während er in Kakaopulver zu wünschen übrig ließ. Die hohen Kakaobutterpreise (etwa M 3,30 für das Kilogramm) veranlaßten viele größere Fabrikanten, soviel wie möglich den Kakaos zu entölen, um ein möglichst großes Quantum Butter (Kakaosöl) zu gewinnen. Dies so stark entölt Kakaopulver wurde als Nebenprodukt zu Schleuderpreisen (etwa 90 S bis M 1 für das Kilogramm) auf den Markt gebracht und vielfach vom Zwischenhandel als vollwertige Ware teuer verkauft. Hierdurch hat der Absatz von gutem und schmackhaftem Kakaopulver sehr gelitten. Anfang November scheint in diesem Uebelstand eine kleine Besserung eingetreten zu sein, was wohl mit dem plötzlichen Preissturz der Kakaobutter (etwa M 60 für 100 kg) zusammenhängen mag. In besseren Tafelschokoladen hat der Konsum erfreulicherweise wieder zugenommen; das kaufende Publikum gewöhnt sich immer mehr an die feineren, leichtschmelzenden Schokoladen. Die Preise der billigeren Kakaos- und Schokoladenwaren waren und sind außerordentlich gedrückt. Besonders auswärtige Fabrikanten liefern zu äußerst niedrigen Preisen nach Berlin.“

Der Markt in Rohkakaos war recht unruhig und hatte fast immer eine steigende Tendenz, mit Ausnahme desjenigen in Arribafakos, obwohl die Ernten der Kakaos produzierenden Länder im allgemeinen recht gut waren. Von Lissabon und Bahia (Brasilien) aus wurden bis in die letzte Zeit hinein Aufstrebungen gemacht, um eine Ringbildung von Pflanzungen zustande zu bringen. Diese „Kolonisationsbestrebungen“ ließen den Markt nicht zur Ruhe kommen, scheinen aber zu keinem Resultat zu führen. Anfang November haben einige billigere Sorten, wie Utra und Samana, im Preise etwas nachgelassen.

Zucker war zu Anfang des Berichtsjahres recht günstig zu kaufen, da man eine reiche Ernte erwartete. Als aber im Juli die große Dürre einsetzte, zogen die Zuckerpriestere sprunghaft an. Während im Januar in Magdeburg für raffinierten Zucker M 18 1/2 für 50 kg notiert wurden, kostete derselbe Ende August M 24 1/4 und am 28. September M 29 1/2. Da Deutschland in der Tat eine Mißernte in Zuckerrüben zu verzeichnen hatte, wenn auch das Ergebnis besser war, als zeitweilig erwartet wurde, so sind viel billigere Zuckerpriestere für die nächste Zukunft auch nicht zu erwarten. Eine größere Anzahl Schokoladenfabrikanten hat sich in Zucker zur rechten Zeit gut eingedeckt und demzufolge die Verkaufspreise nur ganz mäßig erhöht; dadurch sind aber diejenigen Fabrikanten, welche Zucker zu den späteren hohen Preisen verarbeiten mußten, in eine recht schwierige Lage geraten; sie mußten häufig mit Verlust arbeiten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Auch die Preise für Mandeln und Haselnußkerne haben infolge des steigenden Bedarfs in der Schokoladenbranche sowie infolge geringer Ernten eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Preise sind um etwa M 30 bis 40 für 100 kg höher als in früheren Jahren.

Die Gehälter und Löhne von kaufmännischem Personal und Arbeitern mußten infolge der Lebensmittelerhöhung in fast allen Betrieben wesentlich erhöht werden. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war befriedigend; nur in einem der größten Berliner Betriebe verfuhrte ohne Erfolg eine Anzahl organisierter Arbeiter eine Lohnbewegung zwecks Ergründung eines Tarifes.“

Und in einem zweiten Bericht heißt es in bezug auf die Arbeitererschaft:

„In Anbetracht der allgemeinen Teuerung wurde sowohl Arbeitern wie kaufmännischen Angestellten von Ende September ab von der betreffenden Firma freiwillig eine Teuerungszulage gewährt. Trotzdem versuchten einige Arbeitergruppen der Branche in den letzten Wochen des Jahres, Lohn erhöhungen durchzusetzen; bei Dresdner Firmen kam es sogar zum Streik.“

Bei jeder Gelegenheit suchen also die Unternehmer und ihre Institutionen die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, wenn sie über „Arbeiterverhältnisse“ sich auslassen. In Berlin wie anderswo ist es den Herren — abgesehen von ganz verschwindenden Ausnahmen — gar nicht eingefallen, der Arbeiterschaft freiwillig eine Teuerungszulage zu gewähren — erst als die Arbeiter, durch die Not getrieben, Forderungen stellten, fand man in solchen Zulagen hier und da den Ausweg, der am wenigsten kosten sollte. Aber gerade diese Taktik wird die Arbeiter gelehrt haben, was solche „freiwilligen“ Gaben für sie zu bedeuten haben, und wir müssen es geradezu als eine Verhöhnung der Arbeiter bezeichnen, wenn man davon spricht, deren Löhne wären in fast allen Betrieben wesentlich erhöht worden.

Für die Arbeiterinnen.

Frauen in der Armenverwaltung in Berlin. Eine Ministerialinstruktion hat den Gemeinderäten in Preußen das Recht zugestanden, daß sie nicht nur die stimmberechtigten Bürger, sondern alle Ortsangehörigen bei der Durchführung der Armenpflege verwenden können. Darauf haben sich unsere Genossen im Berliner Gemeinderat gestützt und verlangt, es sollten auch Frauen in die Armenräte gewählt werden. Dabei haben nun die Armenkommissionen einen außerordentlich rückständigen Standpunkt eingenommen. Sie haben den Antrag erst einer Kommission zur Prüfung vorgelegt und dann haben sie lange gezögert, bis endlich dieser Antrag angenommen wurde. Aber nun standen einzelne Armenkommissionen auf und erklärten, daß alle Mitglieder ihr Amt niederlegen würden, wenn man sie zwingen sollte, mit Frauen gemeinsam zu arbeiten. Trotzdem wurde dieser Widerstand überwunden, und heute arbeiten 125 Frauen in den Armenkommissionen Berlins. Bei einer Rundfrage über ihre Tätigkeit wurde ihnen von allen Seiten das größte Lob ausgestellt. Sie seien von Natur aus besser zur Armenpflege geeignet und leisteten ganz hervorragendes. Einseitige Kommunalpolitiker erklärten rundweg, daß sie ohne die Frauen nicht arbeiten könnten, weil ihre tüchtigsten Mitglieder meist Frauen sind.

Genossenschaftliches.

Geschäftsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In diesen Tagen hält bekanntlich in Berlin der Zentralverband deutscher Konsumvereine seinen neunten Genossenschaftstag ab. Dem vom Vorsitzenden Max Kadestodt-Dresden und Generalsekretär Kaufmann erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Konsumvereinsbewegung im Jahre 1911 eine Entwicklung genommen hat, die die frühere bei weitem übertrifft. Die Zahl der Verbände ist auf 1183 gestiegen. Die Entwicklung der deutschen Konsumvereinsbewegung machte sich besonders in dem Wachstum der Zahl der Mitglieder und in der steigenden Intensität der wirtschaftlichen Betätigung geltend. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften stieg von 1.181.000 auf 1.325.000. Der Geschäftsbericht führt die Ursache dieses außerordentlichen, noch in keinem Vorjahre erreichten Wachstums auf die hohen Preise wichtiger Nahrungsmittel zurück. Die breiten Massen der Bevölkerung seien dadurch gezwungen worden, sich einzuschränken, sorgfältig zu rechnen und auch kleine Vorteile nicht von der Hand zu lassen. An einigen Orten gehört der weitaus größte Teil der Bevölkerung den Konsumvereinen an.

Der Gesamtumsatz der Genossenschaften des Verbandes stieg von 433 auf 506 Millionen Mark. In eigener Produktion wurden von den Verbänden für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegen 66 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl der in der Gesamtorganisation beschäftigten Personen stieg von 18.923 auf 21.939. An Warenbeständen waren 50 Millionen, an Maschinen und Inventar 14 Millionen und an Grundbesitz 74 Millionen Mark investiert. Das eigene und fremde Kapital, mit dem die Verbandsorganisationen arbeiteten, betrug 152 Millionen Mark.

Zum verfloffenen Jahr hat eine große Zahl von Konsumvereinen neue Zentrallager und Bäckereien eingerichtet. Neuerdings wendet sich die Eigenproduktion immer mehr dem Gebiet der Milch- und Fleischverarbeitung zu. Die genossenschaftliche Milchverarbeitung stellt sich als ein besonders schwieriges Gebiet dar. Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in der Verteilung und in dem schwankenden Absatz, sondern noch mehr in der Beschaffung der erforderlichen Milch, weil die Konsumvereine dabei von den landwirtschaftlichen Milchproduzenten abhängig sind. Der Bericht hofft, daß engere Beziehungen zwischen der deutschen Konsumvereinsbewegung und der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung diese Schwierigkeiten überwinden könnten. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten würde für beide Teile so große Vorteile haben, daß man annehmen sollte, es würde schon das pekuniäre Interesse ein leichteres Zusammenarbeiten, als es gegenwärtig der Fall sei, herbeiführen. Große Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Warenverteilung machte einer großen Anzahl Revisionsverbänden das preussische Warenhaussteuergesetz.

Eine erhebliche Steigerung der Kapitalkraft der Genossenschaften kommt auch in der Entwicklung der Bankabteilung der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine zum Ausdruck, die jetzt in der Lage ist, jedem gut geleiteten und gesunden Konsumverein für die Erweiterung seines Geschäftsbetriebes mit Hypotheken zu dienen.

Technische Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstraße 2. Abschriften billigt. Wenn ein Leser irgendwelche Auskünfte in Schutzangelegenheiten braucht, so wird er gebeten, das Patentbureau in Anspruch zu nehmen; es ist für ihn kostenlos.

Angemeldete Patente: Nr. 2 c. V. 10 472. Verfahren zur Bereitung von Gebäcken aller Art unter Verwendung von Vogelpilzen. Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung, Berlin. Ang. 21. 11. 11. — Nr. 53 c. J. 13 253. Verfahren zur Konservierung von Eiern. Dr. Ernst Jakob, Nach v. München. Ang. 28. 12. 10. — Nr. 53. M. 46 772. Tortengarniervorrichtung, bestehend aus einem Zylinder mit Spritzdüse und Kolben. Franz Wahr, Droißendorf, Oesterreich. Ang. 19. 1. 12.

Gebrauchsmuster: Nr. 2 a. 510 222. Beschickungsvorrichtung für ausziehbare Backöfen. Ludwig Scholl, Höchst a. M. Ang. 24. 5. 11. — Nr. 2 a. 510 275. Backofeneinfaß zum Rösten von Zwiebäcken. Wilh. Koopmann, Bonn. Ang. 8. 5. 12. — Nr. 2 b. 510 703. Backerwanne mit Kantenschutz am Boden und über diesen laufenden Schutzleisten. Karl Raab, Stuttgart. Ang. 13. 5. 12. — Nr. 45 k. 510 258. Ruchenschabensfalle für trockenen Röber. Frau Wilhelmine Comte, München. Ang. 8. 5. 12. — Nr. 81 c. 510 450. Brotschutzhülle. F. Salomon, Charlottenburg. Ang. 19. 4. 12.

„Gebrannte“ Mandeln im Dragekessel hergestellt. 16 Pfund Mandeln werden mit 8 Pfund Zucker auf Feuer abgeröstet, dann abgestiebt und in den heiß gemachten Dragekessel geschüttet. 40 Pfund Zucker werden mit 7 Pfund Sirup bis 100 Grad Reaumur gekocht, gefärbt und als Deckzucker zum Auftragen benutzt. Sobald die Mandeln die gewünschte Größe erreicht haben, sibt man sie so ab, daß die durch das Sieb hindurchgehenden auf eine angewärmte Platte oder mindestens auf einen Holzstück fallen. Zur Vorfrage belegt man den Holzstück noch mit einigen Dedeln, um die Mandeln damit zudecken zu können. Die großen Mandeln werden sofort gummiert, die kleinen noch weiter aufgetragen. Wenn man die kleinen Mandeln erkalten läßt, so ballen sie sich beim weiteren Zuckerauftragen zu einem Klumpen. Das Dragieren der Mandeln muß recht schnell geschehen, da der Zucker, zu 100 Grad gekocht, sehr schnell fest wird. Der abgestorbene Zucker reißt sich jedoch im Kessel leicht ab und die Mandeln werden nicht schön kraus.

Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Arbeit der Muskeln.** Von Dr. A. Bipschütz. Mit Abbildungen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Muskeln unseres Körpers und ihr Bau.

— Die Verkürzung der Muskeln. — Muskeln und Nervensystem. — Der Stoffwechsel der Muskeln. — Die Muskelmaschine. — Die Ermüdung der Muskeln. Nr. 20 der Kleinen Bibliothek. 96 S. Preis gebunden M. 1, broschiert 75 S.

„Die Halskrankheiten: Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Kehlkopf- und Luftröhrenentzündung, Grippe, Influenza, Verhütung und naturgemäße Behandlung.“ Von Dr. E. Kollegg. IV. Auflage. Preis M. 1. Hof-Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

„Es sterben mehr Menschen am Schnupfen als an der Cholera.“ Mit diesen Worten will der große Thiffaut sagen, daß Halskrankheiten zu den häufigsten Heimsuchungen des Kulturmenschen gehören und daß sie durchaus nicht ganz harmlos sind. Man soll auch die sogenannten „Erfältungskrankheiten“ durchaus nicht sich selbst überlassen, sondern zeitig für ihre Beseitigung sorgen, damit sie nicht chronisch werden. Wie man ihnen am besten vorbeugt, oder — wenn schon vorhanden — sie beseitigt, darüber gibt das billige Büchlein Aufschluß.

Das Gewerkschaftsleben in Kiel im Jahre 1911. 47 Seiten. Selbstverlag.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg. Geschäftsbericht für das 13. Geschäftsjahr 1911. 103 Seiten. Selbstverlag.

Allgemeiner Konsumverein für Kiel und Umgegend. Geschäftsbericht für das Jahr 1911. 19 Seiten. Selbstverlag.

Verband mitteldeutscher Konsumvereine. Bericht für das Jahr 1911. 75 Seiten. Selbstverlag.

Geschäftsbericht für 1911 der Ortskrankenkasse für das Bäckergewerbe zu Berlin und der Ortskrankenkasse der Konditoren, Pfefferkuchler und verwandten Gewerbe zu Berlin. 56 Seiten. Selbstverlag.

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung, herausgegeben vom Genossen Max Grunwald, werden in den nächsten Tagen ihr Erscheinen im Verlage von Kadon & Komp. in Dresden beginnen. Diese Abhandlungen und Vorträge sollen ihren unterschiedlichen und wesentlichen Charakter vor ähnlichen Unternehmungen darin zeigen, daß zunächst jede Abhandlung und jeder Vortrag in sich abgeschlossen erscheint und doch zugleich durch das genau bezeichnete Quellenmaterial zu weiteren Studien anregt. Das agitatorische Moment soll nur in der Sache, in dem Material liegen, nicht in der Form. Daher wird in erster Linie auf Leser gerechnet, die in der sozialistischen Lehre bereits einige Kenntnisse besitzen und sich fortbilden wollen. Vom Herausgeber und einer Reihe sachkundiger Mitarbeiter werden zunächst folgende Gegenstände behandelt werden: „Zur Einführung in Marx' Kapital“; „Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik“; „Goethe und die Arbeiter“; „Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit“; „Die sozialdemokratischen Reichstagswähler in ihrer sozialen Gliederung“; „Technik, Natur und Gesellschaft“; „Lohn und Zeit der Arbeit in Deutschland“; „Die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie in Deutschland“. — Heft 2: August Mai, Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik und Heft 3: Max Grunwald, Goethe und die Arbeiter sind bereits erschienen und zum Preise von 40 S pro Heft durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

An unsere Abonnenten!

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, das Abonnement für das dritte Quartal 1912 der „Deutschen Bäcker- und Konditorenzeitung“ bei der zuständigen Postanstalt jetzt möglichst sofort zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt! Eventuelle Reklamationen wegen unterlassener oder unpünktlicher Lieferung sind gleichfalls zunächst bei der Post zu erheben. Der Abonnementspreis pro Quartal beträgt M. 2. Die Expedition.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 5. Juni starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied und Schriftführer **Heinrich Johannung** im 28. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! [M. 3] **Zahlstelle Bremerhaven.**

Nachruf.

Am 8. Juni starb unser treues Mitglied **Kurt Kahl** im Alter von 20 Jahren an der Proletarierkrankheit. Ehre seinem Andenken! [M. 3] **Zahlstelle Breslau.**

Nachruf.

Am 14. Juni starb unser Mitglied, der Bäcker **Jakob Reitzele** im 50. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! [M. 3] **Verwaltung München.**

Kollegen, welchen der **Karl Maschek** (zuletzt Aufenthalt des Bäckers **Karl Maschek** (zuletzt Freiberg) bekannt ist, werden um gefällige Mitteilung gebeten an [M. 2] **Karl Merkel, Meerane i. S., Albertstraße.**

Unserm Kollegen **Alb. Scheer** nebst seiner lieben Braut **Emma Brühlmann** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung [M. 3] **Zahlstelle Lörrach.**

Unserm Kollegen **Paul Reiner** und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! [M. 3] **Die Verbandskollegen der Zahlstelle Stuttgart-Schramberg.**

Unserm lieben Kollegen **Adolf Gross** nebst seiner lieben Braut **Anna Gast** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! [M. 3] **Zahlstelle Augsburg.**

Empfehle allen Kollegen **Hamburgs** meine **Gastwirtschaft. — Guter Mittagstisch.** Verkehrslokal der Bäcker Barmbecks. **Herm. Artmann, Hamburg-Barmbeck, v. Esenstr. 91.**

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.**

Zürich (Schweiz) :: Bäcker. Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestens. Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. **A. Kohler.** [M. 4]

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen bedecken ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, **Berolina-Säle.** Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.** Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbelten. **Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.**

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 23. Juni: **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Echternstraße.

Dienstag, 25. Juni: **Straubing:** 1½ Uhr, „Bamberger Hof“, Seminarstraße.

Mittwoch, 26. Juni: **Hamburg-Altona** (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15. — **Kiel:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — **München (Konditoren):** Im Gasthof „Zum goldenen Lamm“, Zweigstr. 4. — **Fraunstein:** 2 Uhr „Zum Löwen“.

Donnerstag, 27. Juni: **Görlingen:** 3 Uhr, „Zur neuen Welt“, Milchstr. 5. — **Mannheim:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — **Stuttgart (Bäcker):** 3 Uhr in der „Börsenhalle“ Christophstraße 24; (Konditoren): 8 Uhr in der „Börsenhalle“, Christophstr. 24.

Sonntag, 30. Juni: **Nalen:** Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — **Bayreuth:** Im Restaurant Brey, Kirchgasse. — **Chemnitz:** 3 Uhr, „Zur Sängerkloge“, Logenstraße. — **Hennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Landsberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Daber, Mollteplatz. — **Leineburg:** 3 Uhr bei Th. Ball, Sülztor. — **Rüstringen-Wilhelmshaven:** 3 Uhr bei Buddenberg, Rüstringen, Peterstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: **Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57.** — Verlag von **D. Allmann, Hamburg.** — Druck: **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.**